



**Protokoll der 11. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 24. Juni 2020, 17:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Elio Bohner

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Ursula Duewell, Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat Thomas Gemperle

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär Giuseppe D'Alelio
a. i.:

Traktanden

- 51 Mitteilungen
- 52 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023
(Nachfolge von Laetizia Clavuot, Fraktion CH/GP/GLP)
- 53 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023
(Nachfolge von Lukas Wälchli, Fraktion CVP/EVP)
- 54 Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2019
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte und geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich darf Sie alle heute wieder im gewohnten – oder fast gewohnten Rahmen – zur 11. Gemeinderatssitzung der laufenden Legislatur begrüßen. Ausgerechnet dann, wenn wir übers Geld sprechen – fürs Klischee eines Schweizers sehr ungewohnt – finden wir uns wieder in der Öffentlichkeit, welcher wir uns indirekt und vor allem ungewollt die letzten Monate über entzogen haben. Die jährliche Rechnungssitzung treibt ja nebst dem Finanzchef auf der Tribüne und den Stadträtinnen und Stadträten, welche zu kritischen Themen Stellung nehmen müssen, auch immer dem- oder derjenigen auf dem Bock – also mir – den Schweiss auf die Stirn. Dies, da die Rechnungssitzung nicht nur eine spezielle, sondern auch meist die erste volle Sitzung der Amtszeit des Präsidiums ist. Die Rechnung also, sprich das finanzielle Resultat für die geleistete Arbeit der gesamten Stadt Frauenfeld – mit Kind und Kegel sozusagen – liegt wesentlich über dem Budget. Und ich hoffe, Sie verzeihen mir eventuelle Fauxpas in meiner heutigen Sitzungsleitung, denn es ist meine erste richtige im Gegensatz zur 75. Rechnung, die wir hier beraten.

Rund um die letzte Sitzung wurde mein Hobby als Eishockeyschiedsrichter thematisiert. Ich habe mich aber entschieden, weder das gestreifte Trikot noch die Pfeife mitzuführen. Wieso auch? Ich habe schliesslich diese Glocke hier, aber ich möchte sie heute, wenn möglich nur ein einziges Mal gebraucht haben. In diesem Sinn, geschätzte Ratsmitglieder, wünsche ich Ihnen eine kurzweilige Sitzung und vertraue darauf, dass Diskussionen respektvoll und themenspezifisch ablaufen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf durch den Gemeinderatssekretär stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt zum Zeitpunkt des Namensaufrufs 18. Zum Zeitpunkt der Wahlen (Traktanden 52 und 53) sind 36 Ratsmitglieder und zum Zeitpunkt der Abstimmungen (Traktandum 54) 37 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt dann jeweils 19.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

51

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):

1. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
 - Sitzordnung für die heutige Gemeinderatssitzung
 - Lachsfarbenedes Papier aus der GPK Finanzen und Administration zu den Anträgen 2.1.1 und 3.1.1
 - Eingereichte Vorstösse aus dem Rat, mehr hierzu gleich

- Informationen zur Verbindung mit der neuen W-LAN-Infrastruktur im Rathaus
- 2. Es stehen neu pro Sitzplatz Steckdosen zur Verfügung.
- 3. Mit Beschluss Nr. 160 vom 16. Juni 2020 erklärt der Stadtrat Gemeinderat Ivo Begic als Nachfolger von Gemeinderätin Irina Meyer für den Rest der Legislatur 2019-2023 ab dem 1. Juli 2020 als gewählt.
- 4. Mit Beschluss Nr. 164 wurde am 16. Juni 2020 die einfache Anfrage betreffend «COVID-19- Virus lähmt. Welche Massnahmen plant der Stadtrat?» von Gemeinderat Sandro Erné beantwortet.
- 5. Es wurden folgende Vorstösse aus dem Rat vorab an Sie zugestellt und im Rahmen dieser Sitzung eingereicht:
 - a. Motion von Gemeinderätin Salome Scheiben und den Gemeinderäten Heinrich Christ und Roman Fischer mit dem Titel «Bericht Temporeduktion im Umfeld von Kindergärten und Schulhäusern»
 - b. Motion von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott und den Gemeinderäten Stefan Leuthold, Roman Fischer und Lorenz Weber mit dem Titel «Unterbindung Transitschwerverkehr durch das Zentrum der Stadt Frauenfeld»
 - c. Interpellation der Gemeinderätinnen Priska Brenner-Braun und Anita Bernhard-Ott mit dem Titel «Anpassung der Mietzinse im Alterszentrum».

Aufgrund der aktuellen Situation werden diese nicht durch die Reihen gehen, wie Sie das kennen. Stattdessen verfügen Sie über eine Kopie der Vorstösse in Ihren Mappen, welche Sie bei Unterstützung gern unterschreiben können und welche dann zum Ende dieser Sitzung durch den Ratssekretär Giuseppe D'Alelio eingesammelt werden.
- 6. Keine kurzfristigen Mitteilungen.
- 7. Das Protokoll vom 10. Juni 2020 betreffend war es so, dass wir bei der Erstellung nicht wussten, ob es rechtzeitig zum Versand und Studium durch Sie bereitstehen würde. Dank eines Sonderefforts der Stadtkanzlei, den es hier zu würdigen gilt, wurde das Protokoll am vergangenen Freitag, den 19. Juni 2020 im «Dossierbrowser» publiziert. Dies ist gemäss Art. 60 des Geschäftsreglements des Gemeinderats leider zu kurzfristig, um es an der heutigen Sitzung zu verabschieden. Wir werden dies daher an der nächsten Sitzung im August nachholen.

Mittlerweile ist Gemeinderat Sandro Erné zu uns gestossen, somit sind wir 36 Personen, das absolute Mehr beträgt nun 19.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Fraktionserklärung der Fraktion SVP/EDU zum Bericht Projekt NRP, Attraktivierung der Frauenfelder Innenstadt: Als kritische Betrachter dieses Geschäfts wollen wir Stellung bezüglich des aktuellen Projektstands nehmen. Die dienstälteren Ratsmitglieder erinnern sich, wie viel Geld zur Belebung und Umgestaltung des Bahnhofplatzes floss. Alle hier drin wissen, dass in den letzten 15 Jahren keine grossen Veränderungen auf dem Bahnhofplatz stattgefunden haben. Obwohl der Platz wunderbar zubetoniert ist, sind Gelder auf unerklärliche Weise irgendwo versickert. Studien und Projekte, Zielsetzungsprozesse und Ziele wurden definiert, der Platz ist aber immer noch im mehr oder weniger gleichen Zustand. Das unmissverständliche Ziel des Projekts NRP muss ganz klar sein, dass das Umsetzungsdebakel nicht in gleicher Art und Weise stattfindet. Jetzt zum Bericht des Projekts NRP:

Vorab möchten wir festhalten und sind sehr erstaunt, dass unsere Petition aus dem Jahr 2017, für die wir innerhalb kürzester Zeit mehr als 600 Unterschriften zum Thema «Begegnungszone Freie Strasse» gesammelt haben, in keiner Art und Weise im Bericht erwähnt wird. Ich hätte hier noch so ein Formular, das man mitnehmen könnte. Wir stellen unsere Betrachtung des Berichts NRP unter das Motto «Tun ist wie wollen, einfach krasser» oder «Taten statt Worte». Im Projektstatusbericht schreiben Sie auf Seite 6 in anderer Form. Dort heisst es: «In einem dynamischen Umfeld ist Innovations- und Transformationsfähigkeit zentral». Übersetzt heisst das: Tun ist wie wollen, einfach krasser. Von den bewilligten 770'000 Franken wurden per Ende 2019 rund 57'000 Franken verbraucht. Der Bericht zeigt auf, dass per Ende 2019 nach einigen personellen Herausforderungen die Organisation geregelt und das Projekt-Layout geschärft worden ist. Konkret wurde aber nur ganz wenig umgesetzt. Mehr Worte als Taten.

Es werden Berichte und Studien zum Thema Strukturwandel im Detailhandel aus der Metropolitankonferenz Zürich erwähnt. Auch hier mehr Worte als Taten. Es wird erwähnt, dass es um massgeschneiderte Kundenservices und ergänzende Dienstleistungsangebote gehen soll. Schöne Worte statt Taten. Wir sind absolut überzeugt, dass unterstützende Massnahmen oder Ideen helfen können. Die Umsetzung aber – all das, was allenfalls weh tut, was Leidenschaft benötigt, was Aufwand mit sich bringt, wo jeder einzelne Detaillist gefordert ist und sich ausserhalb seiner Komfortzone bewegt – ist der absolut zentrale Teil dieser Umsetzung und dieser Innenstadtbelebung. Da nützen die besten Studien und die schönsten Konzepte nichts. Tun ist wie wollen, einfach krasser.

Neuorientierung, Neuausrichtungen bringen auch mal die eine oder andere Enttäuschung mit sich. Ideen, die nicht funktionieren, Ideen, die bei den Zielgruppen keinen Anklang finden oder im Sand verlaufen. Das alles sind rein unternehmerische Tätigkeiten jeder Unternehmerin und jedes Unternehmers, der in der Innenstadt tätig ist. Aber auch von denen, die nicht in der Innenstadt tätig sind. Es basiert auf grosser Leidenschaft, unendlich viel Engagement, die schlussendlich diese Belebung auslösen soll. Vergleichen wir zum Beispiel den «Weinfelder Freitag», wo der Detailhandel, das Gewerbe und die Vereine einen tollen, wiederkehrenden Anlass auf die Beine gestellt haben. Not macht erfinderisch. Was wir in den letzten Wochen gezwungenermassen gesehen haben und leider noch längere Zeit sehen werden, kann hier als sehr gutes Beispiel dienen. Internetseiten wurden in kürzester Zeit überarbeitet, Lieferdienste ausgebaut, Angebote überprüft und Abholdienste innovativ umgesetzt, alles notabene basierend auf riesengrosser Eigeninitiative. Was da möglich ist, ist absolut beeindruckend und zeugt von grosser unternehmerischer Beweglichkeit. Gleichzeitig muss der Frauenfelder Steuerzahler mehr als 750'000 Franken für eine Belebung der Innenstadt investieren. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass das ein viel zu hoher Betrag ist und erwarten ab Herbst 2020 konkrete Umsetzungen, konkrete Zahlennachweise und vor allem Taten. Das Projekt dauert noch bis am 30. September 2022. Das heisst, seit dem 1. Januar 2020 – heute haben wir den 24. Juni – müssen jeden Monat mehr als 20'000 Franken für das Projekt eingesetzt werden. Wenn wir das auf 33 Schaufenster herunterbrechen, ist das ein stattliches Werbebudget. Der Wille, Gutes zu tun, ist zu spüren, die Umsetzung ist aber bisher kaum zu spüren. Nur mit Projektgeldern, Schulungen und Kundenorientierung ist es nicht getan. Mit Inseraten, Fahnen und «WCs for all» wurden kleinere Aufwertungen angestossen, aber die direkte Auswirkung auf die Belebung ist sehr klein. Was uns fehlt, sind Taten statt Worte. Tun ist wie wollen, einfach krasser. Auch fehlt uns die klare und unmissverständliche Aussage, dass die vorhandenen Parkplätze ein zentraler Punkt für die Besucher von auswärts sind. Meine Damen und Herren, wir benötigen leidenschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer, Frauenfelderinnen und Frauenfelder, die sich in die Innenstadt begeben,

Kundinnen und Kunden aus der nahen und weiteren Umgebung, die das Bedürfnis haben, den Mehrwert des Frauenfelder Detailhandels zu spüren und die Innenstadt zu beleben. Heben wir uns ab von unseren umliegenden Ladenlandschaften, bieten wir ein unverzichtbares Einkaufs- und Restaurationserlebnis. Tun wir das Krasse, gehen wir die Altstadt erleben, dann rockt die Bude.

52

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON LAETIZIA CLAVUOT, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit ihrem Schreiben an den Stadtrat vom 20. Februar 2020 gab Laetizia Clavuot ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Frau Clavuot als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir schlagen Ihnen Maurus Wirth – Student der Architektur, Jahrgang 1999 – zur Wahl vor.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Vorgeschlagen ist Maurus Wirth. Gibt es weitere Vorschläge? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Maurus Wirth wird einstimmig als Mitglied für das Wahlbüro für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich gratuliere Maurus Wirth zur Wahl und wünsche ihm viel Freude bei der Ausübung seines Amtes.

53

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON LUKAS WÄLCHLI, FRAKTION CVP/EVP)

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit seinem Schreiben an den Stadtrat vom 26. Februar 2020 gab Lukas Wälchli seinen Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt. Die Fraktion CVP/EVP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Herrn Wälchli.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir schlagen Ihnen für die Nachfolge von Lukas Wälchli Frau Elisabeth Kienast-Beyer vor. Sie wohnt mit ihrem Gatten Samuel und ihren Kindern an der Blumenstrasse 40, ist am 8. Juli 1970 geboren, ist Bürgerin von Ermatingen (TG). Beruflich ist sie Fachfrau Gesundheit, Erwachsenenbildnerin und Familienmanagerin. Sie ist sehr vertrauenswürdig. Besten Dank, wenn Sie den Wahlvorschlag unterstützen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage auch hier gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements vor, die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Elisabeth Kienast-Beyer wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich gratuliere Frau Kienast-Beyer zur Wahl und wünsche ihr viel Freude bei der Ausübung dieses Amtes.

54

GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNGEN DER STADTVERWALTUNG UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2019

EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Die Botschaft Nr. 12 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 7. April 2020 über den Geschäftsbericht und die Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2019 wurde am 16. April in den «Dossierbrowser» geladen oder an Sie, sofern gewünscht, per Post gesendet. Der Umfang und die Lesbarkeit wurden ein weiteres Mal erhöht, auch die verschiedenen Wünsche aus dem Rat wurden angehört und, wo auch immer möglich, eingearbeitet. Im Namen des Rats möchte ich mich gern bei der gesamten Verwaltung, den Exekutivpolitikern und dem Finanzchef Reto Angehrn für die vorliegenden Unterlagen bedanken. Weiter, da dies ja dem endgültigen Abschluss des Jahres 2019 gleichkommt, möchte ich mich auch für die gesamte Leistung der Stadt Frauenfeld und ihren Angestellten bedanken. Für die Behandlung der Rechnung schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Departemente, ohne seitenweise durchzublättern. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Departementen, Ämtern oder städtischen Betrieben zuerst referieren. Danach kommen die Vertreter der einzelnen Fraktionen und zum Schluss die Meldungen aus dem Rat. Für Wortmeldungen zu einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils die Seitenzahl gemäss Aufdruck sowie Kontengruppe und Kontonummer zu nennen. Dies ist wichtig, da wir nicht alle mit denselben Unterlagen physisch oder digital arbeiten. Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Innerhalb der Departemente werden wir zuerst die Rechnung in Register 3, dann die dazugehörige Investitionsrechnung in Register 2 beraten. Zum Abschluss der Departemente werden wir die Bilanz in Register 4 und den Anhang in Register 5 behandeln. Danach werden die Rechnungen der Betriebe in Register 7 und des Alterszentrums Park in Register 10 beraten. Bevor wir am Schluss über die Anträge abstimmen, steht noch der Geschäftsbericht zur Diskussion. Bestehen gegen dieses Vorgehen seitens des Rats Einwände? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

Eintreten

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration ist einstimmig für Eintreten. Coronabedingt liefen die GPK-Sitzungen zur Rechnung etwas anders ab. Die einleitende Informations- und Fra-

gesitzung sowie die abschliessende Sitzung zu den Revisionsberichten und zum Geschäftsbericht erfolgten im Home-Office-Modus, die materielle Sitzung zur Rechnung per Videokonferenz. Die im Home-Office gestellten Fragen wurden von den drei Finanzverantwortlichen und vom Stadtpräsidenten beantwortet. Danach stellte Finanzchef Reto Angehrn alles in je einem übersichtlichen Dokument zusammen, welches dann zusammen mit der Einladung gleichzeitig als Protokoll diente. Die Videokonferenz lief erstaunlich problemlos. Meine persönliche Erfahrung war, dass dieser Weg eher anstrengender ist als eine physische Sitzung. Es braucht mehr – für die einen noch mehr – Konzentration. Zudem ist eine gute Sitzungsvorbereitung noch wichtiger und notwendiger. Besten Dank allen Beteiligten, Stadtrat, Verwaltung und Kommissionsmitgliedern für die unkomplizierte Mitarbeit und Unterstützung in der Coronazeit.

Damit komme ich zur Rechnung. Wir haben ein kleines Jubiläum. Die Rechnung 2019 ist die fünfte Rechnungsablage nach HRM2.

Zu den Rechnungsergebnissen: Die Rechnungsergebnisse der Erfolgsrechnung der Stadt – das ist ja immer das, was am meisten interessiert – fasse ich in drei Punkten zusammen.

1. Gewinn überraschend hoch: Wenn man sich das ziemlich düster gemalte Bild zum Budget 2019 vergegenwärtigt, kommen die 1.3 Millionen Franken Gewinn – statt wie budgetiert 0.5 Millionen Franken – doch ziemlich überraschend daher. Wenn die 2.9 Millionen Franken aus dem Landverkauf Twerenbold wie budgetiert geflossen wären, hätte die Stadt einen Gewinn von 4.2 Millionen Franken, das sind satte 6 Steuerprozent.
2. Vergleich zum Budget: Wieder viel besser. Eine Abweichung/Verbesserung von 0.8 Millionen Franken, das ist unspektakulär, erfreulich allemal. Allerdings wie gesagt unter Berücksichtigung des budgetierten Landverkaufs beträgt die Abweichung zum Budget bereits rund 3.7 Millionen Franken. Das ist schon etwas viel. Hauptgrund ist gemäss Stadtrat das schwierig zu budgetierende Sozial- und Asylwesen. Vor allem die Rückerstattungen sind schwierig vorauszusehen mit doch 2.1 Millionen Franken Abweichung/Verbesserung, das ist der Löwenanteil. Das Phänomen «viel besser als budgetiert» gibt es nicht nur in Frauenfeld, sondern auch in vielen Gemeinden und Kantonen und – das wissen Sie sicher auch – schon lange und ziemlich ausgeprägt beim Bund. Gemäss Tagesanzeiger vom 5. Mai 2020 verschätzten sich die Kantone zur Rechnung 2019 insgesamt um Milliarden. Der durchschnittliche Gewinnüberschuss war sechseinhalb Mal grösser als budgetiert. Da kann man sich nun natürlich fragen, ob wir uns hier in guter oder in schlechter Gesellschaft befinden. Die Ursache für dieses Phänomen liegt wohl auch im Befolgen des bekannten Sprichworts mit der Mutter und der Porzellankiste. Und klar dürfte auch sein, dass Politiker halt lieber ein besseres Ergebnis kommunizieren als ein schlechteres. Das ginge uns allen auch so, da müssen wir ehrlich sein.
3. Vergleich zu den tatsächlichen Zahlen: kein strukturelles Defizit. Für die GPK Finanzen und Administration und alle Interessierten ist auch sehr wichtig, wie sich die tatsächlichen Zahlen im Vergleich zu früher entwickelt haben. Diese Ergebnisse, konkret die Gewinne bzw. Verluste sehen für die Stadt in den bisherigen fünf HRM2-Rechnungsjahren wie folgt aus: 2019 1.6 Millionen Franken, 2018 2.58 Millionen Franken bzw. nach Abzug der 2 Millionen Franken Vorfinanzierung Hallenbad, das wurde ja nachträglich über den ausserordentlichen Aufwand gebucht, 0.58 Millionen Franken, 2017 0.14 Millionen Franken, 2016 -0.38 Millionen Franken und 2015 -0.84 Millionen Franken. Man weiss ja, nicht nur Dänen lügen nie, auch Zahlen lügen nie. Diese Zahlen zeigen mittlerweile drei positive Abschlüsse hintereinander. Deshalb bitte Vorsicht mit dem Begriff strukturelles Defizit im Zusammenhang mit der Erfolgsrechnung, wie wir das immer wieder hören.

Das Problem liegt bezogen auf diesen Begriff aktuell nicht hier, sondern wenn schon, dann bei der Gesamtrechnung. Das betonen einige von uns und auch die GPK ja schon länger.

Damit bin ich bei der Gesamtrechnung bzw. Finanzierung, und zwar auch hier wieder bei der Stadt. Auch wieder bezogen auf diese letzten fünf Jahre: 2019 Finanzierungsfehlbetrag -0.5 Millionen Franken, 2018 Finanzierungsüberschuss +2.5 Millionen Franken, 2017 Finanzierungsfehlbetrag -6.5 Millionen Franken, 2016 praktisch gleich -6.8 Millionen Franken, 2015 -2 Millionen Franken. Nach dem überraschend schönen Überschuss in 2018 sind wir also wieder im Minus. Wenigstens gegenüber früheren Jahren knapp unter 1 Million Franken. Das ist natürlich nicht gut. Vor allem deshalb nicht, weil wir zu tiefe Investitionen haben. Ich verweise dazu auf die Nettoinvestitionen der Stadt in den fünf HRM2-Jahren. 7.5 Millionen Franken, 6 Millionen Franken, 11.6 Millionen Franken das sticht heraus, 11.5 Millionen Franken und dann wieder nur 5.9 Millionen Franken. Das ist nicht viel für eine Stadt wie Frauenfeld. Und insbesondere haben wir einen viel zu tiefen Umsetzungsgrad, jetzt wieder nur etwa bei der Hälfte. Zwar ist der Selbstfinanzierungsgrad bei 93 %, das ist eigentlich im grünen Bereich. Das ist aber ein Trugschluss, denn dieser Selbstfinanzierungsgrad ist nur deshalb hoch, weil eben die Investitionen tief sind, und das wollen wir ja nicht. Hier ist der Stadtrat gefordert, er muss dafür sorgen, dass die geplanten Investitionen erstens tatsächlich und zweitens rasch umgesetzt werden. Gerade jetzt zur Unterstützung der Wirtschaft in coronabedingt schwierigen Zeiten. Stichwort «antizyklisches Verhalten». Sonst müssen wir bald den guten alten Herrn Keynes in den Stadtrat wählen. Man müsste also wenn schon von einem strukturellen Defizit in der Gesamtrechnung sprechen. Das heisst, wir können unsere Investitionen nicht selber finanzieren, sondern müssen uns dafür verschulden. Weil die Stadt immer noch über Nettovermögen verfügt, führt das immerhin nicht zu einer höheren Nettoschuld, sondern nur zu einer Reduktion des Nettovermögens.

Werke und AZP:

Da beschränke ich mich auf die Ergebnisse der Erfolgsrechnung in den fünf HRM2-Jahren, sie sprechen für sich.

Werke: 8.7 Millionen Franken, 7.2 Millionen Franken, 7.0 Millionen Franken, 11.5 Millionen Franken, bereinigt um den ausserordentlichen Ertrag immer noch 7.1 Millionen Franken, 2.6 Millionen Franken. Die für die Werke relativ bescheidene Zahl von 2.5 Millionen Franken im Jahr 2015 war nur deshalb deutlich tiefer, weil noch nicht nach HRM2 abgeschrieben wurde, sondern eben viel höher. Wir haben hier also konstant hohe Gewinne.

AZP: 0.4 Millionen Franken, 0.2 Millionen Franken, 0.4 Millionen Franken, 0.5 Millionen Franken und 0.2 Millionen Franken. Also hier konstant bescheidene Gewinne in einer engen Spanne.

Dann komme ich bereits zu den Anträgen auf Gewinnverwendung für die zwei Fonds, also die Ziffer 2.1.1 «Fonds COVID-19» und Ziffer 3.1.1 «Fonds für Rabatt auf Strom- und Gastarifen 2020».

Vorab zum COVID-Fonds: Ob wir die für COVID-Massnahmen notwendigen Gelder – darüber werden wir ja hier entscheiden – aus dem Gewinn 2019 nehmen oder aus den Erträgen 2020 und später, spielt für die finanzielle Situation der Stadt keine Rolle. Wir sind genau gleich gut beieinander, ob wir nun diesen Fonds aus 19er-Geldern machen, oder ob wir das direkt 2020/2021 finanzieren. Es ging und geht dem Stadtrat vor allem darum, frühzeitig ein Zeichen

zu setzen und dem schliesst sich die GPK Finanzen und Administration einstimmig an. In Bezug auf die für einen Fonds notwendige gesetzliche Grundlage wird allerdings schon ein bisschen gesündigt. Erforderlich ist ja mindestens ein Einzelbeschluss des Gemeinderats, der dem fakultativen Referendum untersteht. Und gesetzlich geregelt – im Gesetz, nicht in der Botschaft oder in einem Begleitpapier – müssten eigentlich mindestens Zweck und Art und Weise der Mittelverwendung in den Grundzügen festgelegt sein. Das wird nicht eingehalten. Weil nun aber mit dem COVID-Fonds die ordentlichen Kompetenzen nicht tangiert werden sollen, klar kommuniziert, weil eine entsprechende umfassende Botschaft in Aussicht gestellt ist und wegen der Ausnahmesituation kann man das nach Auffassung der GPK so laufen lassen. Daraus darf aber nicht für die Zukunft etwas abgeleitet werden, es ist diesmal coronabedingt.

Beim Rabattfonds ist der Verwendungszweck wenigstens klar in der Botschaft umschrieben und es geht hier um eine einmalige Verwendung für den Fonds, dieser wird anschliessend gleich wieder aufgelöst, deshalb auch hier ausnahmsweise laufen lassen. Hier müssen wir aber die Frage der Gewinnverwendung einmal noch grundsätzlich anschauen. Einerseits unter dem Aspekt des Zweckentfremdungsverbots für Gebührengelder, dass einmal klar ist, was möglich ist und was nicht, und andererseits aber auch ganz grundsätzlich. Wir können nicht einfach so Gelder aus dem letzten Jahr in das nächste Jahr transferieren, denn aktuelle Ausgaben sind aus aktuellen Mitteln zu finanzieren. Gewinnverwendung heisst eigentlich auf die hohe Kante legen, auf die nächste Rechnung übertragen, aber nicht einfach rückwirkend neue Ausgaben beschliessen. Zwingend ist allerdings die Unterstellung unter das fakultative Referendum. Das ist keine grosse Sache, ich verweise auf den einstimmigen Antrag der GPK gemäss lachsfarbenem Papier.

Zusammengefasst kann man, wie dass der Stadtrat tut, durchaus von einem erfreulichen Rechnungsergebnis sprechen mit den Vorbehalten, die ich angeführt habe. Vor allem über alles betrachtet ist die finanzielle Situation der Stadt nach wie vor wirklich gut. Nur ein einziger halber Satz zum Ausblick, denn das ist nicht Thema der Rechnung: Wir haben insbesondere ein dickes Polster, um ein paar coronabedingte Defizite gut zu überstehen.

Der Geschäftsbericht kommt in einem neuen Format und neuer Gestaltung daher. Die Meinungen darüber sind geteilt, Sie können das aus den Fragen aus der Home-Office-Sitzung nachlesen. Nach meiner persönlichen Meinung ist das primär eine operative Frage, solange das entsprechende Budget stimmt. Entscheidend ist vielmehr, dass der Bericht – da bin ich wieder bei der Kommission – gut, detailliert und umfassend Auskunft gibt. Das tut er nach wie vor. Wir sehen das Viele und Gute, das in unserer Stadt geleistet wird. Besten Dank allen Beteiligten für die informative und ansprechende Berichterstattung. Damit komme ich zum Dank. Im Namen aller drei GPKs danke ich für die Arbeit des Stadtpräsidenten und seiner Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Danken möchte ich auch dem Finanzchef Reto Angehrn für seine unermüdliche Arbeit und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Eingeschlossen sind die Finanzverantwortlichen und alle Mitarbeitenden der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, die alle zu diesem insgesamt guten Resultat und zur soliden Finanzlage unserer Stadt und ihrer Betriebe beigetragen haben.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich begrüsse Samuel Kienast. Wir sind somit 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte; das absolute Mehr bleibt bei 19.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Nun, da die Budgetierung und Rechnungslegung nach HRM2 gut eingespielt gewesen wäre, haben wir bereits die

Gewissheit, dass das laufende Jahr die Vergleichbarkeit verunmöglichen wird. Wir regen deshalb schon jetzt an, in den Budgets und Rechnungen für das Jahr 2021 als Bezugsgrösse nicht das Jahr 2020 zu nehmen, sondern das Jahr 2019. Nun aber zu den aktuellen Rechnungen und zum Geschäftsbericht:

Der Geschäftsbericht wurde aufgepeppt und zeigt auch schon beim ersten Durchblättern einige interessante Details. Gern nehmen wir ihn deshalb zur Kenntnis.

Die Stadt schliesst gut ab, dies obwohl das Twerenbold-Geschäft noch immer nicht abgeschlossen ist. Dafür hat es einige andere Verschiebungen gegeben. Wir sehen diesen erneut guten Abschluss auch als definitives Zeichen, dass die Stadt kein – ich wiederhole – wirklich kein strukturelles Defizit hat. Klar waren es diesmal Einzeleffekte, die mitgeholfen haben, aber diese gibt es jedes Jahr – wir haben es vom Vorsprecher gehört – einfach an einem anderen Ort und manchmal auch in eine andere Richtung. Deshalb aber immer nur nach Sparen zu schreien, ist sicher nicht korrekt. Insbesondere in dieser Zeit kann sich die Stadt mit dem rekordhohen Nettovermögen antizyklisch verhalten. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, dass es ein Vermögen bleiben soll, bzw. eine Null und nicht auf Kosten der Zukunft gelebt werden darf, insbesondere wenn noch weitere grosse Projekte anstehen.

Investitionen sind möglichst so zu budgetieren, dass sie im Budgetjahr auch ausgeführt werden können. Trotz zwei grossen Massnahmen in den letzten Jahren konnten die gesteckten Ziele nicht erreicht werden. Hier werden wir noch weitere Massnahmen ergreifen müssen. Auch wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass nicht ausgeführte Investitionen nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sind. Zusammen mit der vom Stadtrat festgelegten Obergrenze ergibt das mit der Zeit einen Investitionsstau, wie das bei den Liegenschaften passiert ist. Das darf bei anderen Infrastrukturen nicht mehr passieren.

In eine ähnliche Kategorie gehören die Abschreibungen. Durch nicht getätigte Investitionen sind auch diese kleiner und tragen so zu einem besseren Abschluss bei. Aber auch hier gilt: Der Schein trügt, wie vorhin beschrieben. Wir würden es deshalb sehr begrüessen, wenn die Strassen bereits mit dem Einbau des Rohbelags auf der Abschreibungstabelle erscheinen würden. Dies macht insofern Sinn, als dann der grösste Teil der Investitionen getätigt ist, denn manchmal dauert es länger, bis der Deckbelag wirklich eingebaut ist. In dieser Zeit ist der Unterbau der Strasse bereits wieder gealtert und das Bild wird verzerrt.

Allgemein ist uns aufgefallen, dass die teilweise bereits reduzierten Budgets im Bereich Aus- und Weiterbildung erneut zum Teil bei Weitem nicht ausgeschöpft wurden. Seit Jahren kritisieren wir dies. Das Personal ist Kapital, geschätzter Stadtrat, zeigen Sie es uns.

Bei den Werkbetrieben zeigen die Zahlen weiterhin nach oben. So können auch auf dem Postscheckkonto mal 15 Millionen Franken deponiert werden. Ob das sinnvoll ist? Die genauen Zahlen nach HRM2 sind weiterhin erfreulich für uns. Wir gehen davon aus, dass diese auch für die Werkbetriebe Vorteile bieten, wie zum Beispiel die bessere Ersichtlichkeit von Budgetfehlern. Das Polster der Werkbetriebe soll nun gezielt für die Kosten der Energiewende eingesetzt werden, denn davon profitieren am Ende alle, auch das Gewerbe und die Industrie. Wenn die Energie nicht mehr importiert werden muss, sondern selbst produziert wird, fallen grosse Unsicherheiten weg und es lässt sich damit sogar noch Geld verdienen. Aber es wird Investitionen brauchen und

viel Willen. Bei der Fernwärme zeigt sich, dass sich die Investitionen gelohnt haben. Das erste Jahr mit einem Gewinn.

Das AZP ist wie meist knapp, aber solide unterwegs. Wir fragen uns, weshalb der Zufriedenheitsgrad der Angestellten innerhalb zweier Jahre von Plus auf Minus sinken kann. In der Rechnung 2017 wurde noch hochgehalten, wie attraktiv das AZP als Arbeitgeberin sei, jetzt ist alles wieder anders. Uns ist bewusst, dass der Lohn, ein Faktor der Zufriedenheit, nur erhöht werden kann, wenn im gleichen Zug die Kosten der Bewohnenden steigen. Und dies ist ja eigentlich nicht optimal. Wenn also vor zwei Jahren die Zufriedenheit so hoch war wie gesagt, sollten unbedingt die damaligen Gründe dafür eruiert und erneut umgesetzt werden.

Zum geplanten COVID-Fonds möchten wir uns nur kurz äussern. Die geplanten 1.2 Millionen Franken werden schnell aufgebraucht sein. Es sollte also nicht zu viel versprochen werden. Wir sind dafür, dieses Geld aufzuwenden, aber es soll sinnvoll eingesetzt und nicht einfach mit der Giesskanne über der Wirtschaft ausgeschüttet werden. Es gilt, weitere soziale Komponenten zu beachten, damit das Geld am Ende da ankommt, wo es wirklich gebraucht wird und wo Existenzen bedroht sind. Die Ideen des Stadtrats werden wir gern behandeln, wenn sie dann kommen. Und das sollten Sie bald, denn wie gesagt, es geht zum Teil um Existenzen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu Studien und Projekten: Wir verstehen immer noch nicht, was den Stadtrat daran hindert, verfasste Studien öffentlich zu machen. Auch in diesem Budget gibt es wieder entsprechende Hinweise. Danken möchten wir aber trotzdem. Dem Stadtrat, allen Amtsleitungen und natürlich auch allen Angestellten, die täglich die Stadt am Laufen halten.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die vom Stadtrat präsentierte Rechnung weist insgesamt einen Gewinn von 10.3 Millionen Franken aus. Wir haben es bereits gehört. Das ist eine stattliche Zahl und wir nehmen das Ergebnis erfreut zur Kenntnis. In allen drei Bereichen Stadtverwaltung, Werkbetriebe und AZP übertreffen die Zahlen die Budgeterwartungen und sind auch gegenüber dem Vorjahr zum Teil deutlich höher. Nettovermögen und Eigenkapital sind erneut deutlich angestiegen. Der Umsetzungsgrad der Investitionen ist wiederum tiefer als geplant, und dies trotz der bereits während der Budgetphase eingespielten Korrektur von 20 %. Mehrheitlich sind es Tiefbauprojekte, bei denen es Verzögerungen gab. Hier ist jetzt aus Sicht der Fraktion angebracht, dass der Stadtrat im Rahmen des Budgets 2021 genauer hinsieht und eine höhere Budgetkorrektur beim Ausführungsgrad vornimmt. Die zu hoch budgetierten Investitionen beeinflussen die geplanten Abschreibungen sowie die Finanzplanung. Wir haben bereits letztes Jahr in der Rechnungsdebatte 2018 eine höhere Zielgenauigkeit bei der Investitionsplanung gefordert. Die Verzögerung bei den Projekten und tiefere Investitionen erklären auch den erzielten Selbstfinanzierungsgrad. Die in der Botschaft dargestellten Abweichungen in der Stadtverwaltung erklären im Wesentlichen die Steigerung des Ertragsüberschusses gegenüber dem Budget. Ins Auge sticht hier vor allem der mit 2.1 Millionen Franken tiefere Sozialhilfe- und Beratungsaufwand. Das ist eine Abweichung von 28 % gegenüber dem budgetierten Wert von 7.5 Millionen Franken. Ebenso die deutlich tieferen Aufwendungen von 700'000 Franken im Asylbereich, zurückzuführen auf höhere Rückerstattungen. Die Erläuterungen, dass diese Ausgaben nicht wesentlich durch die Stadt zu beeinflussen sind, machen Sorge. Das führt unweigerlich zu Planungsunsicherheit. Die Erhöhung der temporären Arbeitskräfte für den Bereich Berufsbeistandschaft um 584'000 Franken wird unter anderem mit dem Ausfall von Mitarbeitern begründet.

Bei den Werkbetrieben sind wir mit 8.7 Millionen Franken Ertragsüberschuss plus 1.5 Millionen Franken über dem Vorjahresniveau. Auch hier zeigt sich bei den Investitionen das gleiche Bild. Verzögerte Bauprojekte führen auch hier zu tieferen Investitionen.

Wir unterstützen den beantragten Fonds für einen Rabatt auf den Strom- und Gastarifen 2020 und wir gehen davon aus, dass ein Rabatt in dieser Grössenordnung die Ausnahme bleiben wird. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sich die Revision des Gastarifs verzögert hat. Somit erwarten wir, sollten erneut ohne ersichtlichen Grund solche Überschüsse anfallen, dass die Tarife nach unten korrigiert werden. Dies ist aus unserer Sicht sinnvoller, als immer wieder nachträglich Rabatte zu gewähren.

Das AZP zeigt gegenüber dem Vorjahr mit 376'000 Franken einen ansehnlichen Gewinn für das Jahr 2019.

Wir werden der Rechnung und den Anträgen in der Botschaft zustimmen. Zu Diskussion führte die beantragte Verwendung des COVID-19-Fonds, der aus der Verwendung des Gewinns von 1.26 Millionen Franken gespiesen werden soll. Der Stadtrat hat hierzu eine Botschaft nach den Sommerferien versprochen. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Schaden, den uns das Coronavirus zugefügt hat, ist enorm. Die Wirtschaftszahlen und derzeitigen Prognosen sprechen ein eindeutiges Bild. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte liegen bei -7 %. Die Ausrüstungsinvestitionen zeigen einen Rückgang von 14 %. Und auch die Exporte sind im Rückwärtsgang. Ob es eine V-, U- oder L-Rezession gibt, darüber scheiden sich die Geister. Die einen sprechen von einer Erholung in der zweiten Jahreshälfte, andere davon, dass die Krise erst richtig begonnen hat. Es ist heute schon absehbar, dass mit einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen und mit Einnahmeausfällen beim Staat für das Jahr 2020 zu rechnen ist. Bund und Kantone haben zur Unterstützung der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden rasche Massnahmen eingeleitet und umgesetzt. Mit der Bildung des COVID-19-Fonds zeigen auch wir als Stadt den Willen, Einbussen aus behördlich angeordneten Massnahmen, wenn möglich zu mildern und dafür den Ertragsüberschuss 2019 zu verwenden. Die Schwierigkeit wird es sein, es allen recht zu machen. Die Anspruchsgruppen sind gross, die Mittel beschränkt. Es ist aus unserer Sicht deshalb zwingend nötig, diese Gelder, falls bewilligt und der Gemeinderat der Botschaft zustimmt, rasch einzusetzen und dem Fonds ein Enddatum per Geschäftsjahr 2021 zu geben. Wir sind auch darüber erfreut, dass der Stadtrat den zugespilten Ball in der Rechnungsdebatte 2018 aufgenommen hat, den Geschäftsbericht in einem attraktiveren Layout zu gestalten. Ich gratuliere dazu.

Fazit: Die Rechnung schliesst mit schwarzen Zahlen. Wir gratulieren dem Stadtrat zu diesem Ergebnis und bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Betriebe für ihren geleisteten Einsatz im vergangenen Jahr.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Alle Jahre wieder haben wir wie schon fast erwartet einen wesentlich besseren Abschluss als budgetiert. Dies erstaunt uns kaum mehr. Erfreut sind wir dennoch über das signifikant bessere Resultat als im Budget kalkuliert. Über die einzelnen Zahlen möchte ich nicht mehr viele Worte verlieren, diese wurden in den GPKs eingehend behandelt und sind ohnehin gegeben und wenig diskutierbar.

In der Stadtrechnung beschäftigte unsere Fraktion intensiv das Thema der Leistungsvereinbarungen. Unseres Erachtens können die verschiedenen Beiträge ohne ein funktionierendes Control-

ling nicht beurteilt werden. Unsere Fraktion fordert daher in Zukunft für die einzelnen Leistungsvereinbarungen einen Controllingbericht. Nur so können wir über die zukünftigen Beiträge faktenbasiert entscheiden.

Für weiteren Gesprächsstoff hat in unserer Fraktion vor allem die Zuweisung an den COVID-19-Fonds gesorgt. Wir wehren uns gegen ein COVID-19-Kässeli. Zu viel Geld wird durch die Reglementbildung und die Kommission, welche die Verteilung bestimmt, unnötig verbraucht. Es ist unklar, wer welche Zuwendungen erhalten soll oder wer Anspruch darauf hat. Zudem dauert dieser organisatorische Prozess viel zu lange, bis dann endlich Geld bei den Zielpersonen ankommt. Das Geld soll der Stadtkasse zugeführt werden. Das Geld nützt so sofort, dies federt Mindererträge bei den Steuern ab und nützt somit allen Bürgern. Wir werden Antrag 2.1.1 daher grossmehrheitlich ablehnen. Hier möchten wir auch unsere Enttäuschung über die unvollständigen Anträge und den daraus resultierenden Bedarf eines lachsfarbenen Papiers kundtun.

Zu den Werkbetrieben: Der Jahresgewinn fiel mit 8.7 Millionen Franken wesentlich besser aus als geplant. Hier wurde sehr gut gearbeitet. In den Bereichen Elektrizität, Gas und Wasser wurden hohe Kosten für den Bau und Unterhalt der Netze und Anlagen eingespart. Diese Einsparungen zum Budget betragen 2.3 Millionen Franken. Die vollständige Strommarktöffnung ist auch für die Werkbetriebe eine grosse Herausforderung. Unserer Fraktion ist es hier ein Anliegen, wieder einmal die Wichtigkeit des Gases betreffend Stabilität und hohe Prozessenergie als Basis für sehr viele Prozesse in den Wirtschaftsbetrieben am Frauenfelder Wirtschaftsplatz zu betonen.

Zum AZP: Der gesamte Umsatz aus allen Wohnformen erreichte im Jahr 2019 ein Volumen von 20.2 Millionen Franken Gesamteinnahmen, somit rund 600'000 Franken über den Einnahmen des Vorjahrs. Der Ertragsüberschuss beläuft sich auf erfreuliche 376'400 Franken. Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach und Parksiedlung haben die Belegung mit knapp 97 % und 99 % übertroffen. Das Tageszentrum mit einer 80%-Belegung hat die budgetierte Belegung um 5 % verfehlt. Die Zunahme des Pflegebedarfs, der sich im RAI-Index abbildet, ergab in allen Häusern Mehreinnahmen. Somit schliesst auch diese Rechnung besser als budgetiert.

Der überarbeitete Geschäftsbericht fand in unserer Fraktion Anklang. Das neue Layout hilft, sich zu jedem Departement effizient zu informieren. Auch den interaktiven Teil finden wir sehr spannend. Eine durchaus gelungene Sache. Zum Schluss bedanken wir uns bei allen Beteiligten, namentlich dem Stadtrat, den Amtsleitern, dem Finanzchef, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihr geleistetes Engagement und die Arbeiten im vergangenen Jahr. Die Fraktion SVP/EDU wird den Anträgen ausser dem vorhin erwähnten grossmehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Obwohl es beim Eintreten am falschen Ort ist, informiere ich euch gleich über alle unsere Meinungen zu den verschiedenen Themen. Damit kann ich euch ein "Gläuf" und mir das Erlangen eines Reinigungsdiploms ersparen.

Vorweg: Die Zahlen sind durchwegs positiv. Ob wir nun wirklich ein strukturelles Defizit haben oder nicht, die Zahlen würden eher zu Nein tendieren. Aber es ist auch deutlich, dass der Stadtrat nicht einfach pessimistisch budgetiert. Dazu haben wir eine interessante Übersicht auf Seite 9 des Protokolls erhalten, das sich jeder einmal anschauen sollte, wenn er es nicht schon gemacht hat. Zusammenfassend kann man dazu sagen, dass man immer Angst hatte, dass die unglück-

lich übermässigen Erträge der Grundstückgewinnsteuer und der Steuern früherer Jahre plötzlich wegfallen könnten – und das ist nun passiert. Beide Beträge sind doch markant tiefer, als wir uns das gewohnt waren. Und nun haben wir die Katastrophe? Nein. Die normalen Steuern konnten den Wegfall kompensieren, denn die wachsende Einwohnerzahl bringt auch mehr Steuereinnahmen, was aber nicht selbstverständlich anzunehmen ist. Sind wir also glücklich darüber, dass es so ist.

Zum Bau und Verkehr: Es wurden wieder zu wenige Bauten ausgeführt mit dem Vorteil, dass wir Kosten und Abschreibungen aufgeschoben haben. Aber als Nachteil auch den geplanten Unterhalt. Wir erachten dies aber nicht als tragisch, da der Zustand unserer Strassen aus unserer Sicht gut ist. So gesehen ist das Geld in diesen Fällen ja sogar echt gespart. Wichtig ist, dass die getroffenen Massnahmen rechtlich und baulich korrekt umgesetzt werden. Natürlich wäre es doch wünschenswert, dass es nicht wieder vermehrt zu Wasserleitungsdefekten kommt, wie wir das auch schon erlebt haben. Aber letztes Jahr wurden wir davon ja verschont.

Gesundheit und Alter: 90'000 Franken spart man in einem Departement bei den eigentlich fixen Ausgaben nicht einfach locker. Umso grösser der Dank, auch wenn die Zahl leicht untergeht, weil bei anderen, gebundenen Ausgaben mit grösseren Beträgen gerechnet werden musste. So waren es höhere Prämienverbilligungen und höhere Spitexkosten. Das sind zwingende Mehrausgaben.

Zum AZP: Wir freuen uns über den positiven Ertragsüberschuss der Parksiedlung, deren Pensionspreise ja gemäss Wunsch unseres Gemeinderats kürzlich erhöht wurden. Wir haben hier keine Miet-, sondern Pensionsverträge. Somit kann man endlich an die nötigen Abschreibungen und Unterhaltsrückstellungen denken, was unbedingt nötig ist, weil die Parksiedlung ja nicht eine separate Rechnung der Stadt ist. Hier wird man nicht wie bei den städtischen Liegenschaften, wo wir ja kürzlich über Nachholbedarf informiert wurden, bei Bedarf einfach Geld aus der allgemeinen Kasse nehmen können. Bei der Parksiedlung handelt es sich nicht um normale Mietwohnungen, weshalb die dafür zu bezahlenden Preise auch nicht vom Referenzzinssatz abhängig sind. Rechtlich gesehen erst recht nicht, sonst hätten wir auch nicht kürzlich die Erhöhung verlangt, respektive verlangen wollen oder können.

Zu den Sozialen Diensten: Schön, wenn dieser Bereich einmal einen Beitrag an ein positives Ergebnis leistet, auch wenn dies nur durch Zufall der Fall ist, da es sehr hohe Rückzahlungen der IV gleichzeitig beim Jahresende gab. Eine verrückte Zahl mussten wir aber bei den Temporärkräften zur Kenntnis nehmen. Hier bitten wir darum, die Lehren daraus über die gesamte Stadtverwaltung durch Sensibilisierung auf solche Probleme zu ziehen. Zum Beispiel, dass Wissen genügend breit verteilt sein muss. Unseres Erachtens dürfte es auch nicht vorkommen, dass die GPK nicht frühzeitig darüber informiert wird, und wäre es allenfalls unter Auflage einer besonderen Vertraulichkeit gewesen. Wir sind jedenfalls froh, dass seitens der verantwortlichen Stadträtin weitere Ausführungen und Aufarbeitung in der entsprechenden GPK versprochen wurde. Zahlen einfach im Budget 2019 und Rechnung 2020 einfliessen zu lassen, ist nicht die Informationspolitik, die wir uns wünschen.

Zu den Werken: Hier haben wir eine unspektakuläre, problemlose Rechnung. Natürlich gab auch bei uns der Überschuss zu reden, wir fänden aber eine Rückzahlung per 2019 sehr kompliziert und den Unterschied zu einer Reduktion in 2020 als zu gering, als dass sich der Aufwand lohnen würde. Den Überschuss einfach dem Energiefonds zuzuweisen, wäre falsch. Das Geld gehört

den Kunden, die zu viel bezahlt haben und nicht Leuten, die zufällig im richtigen Moment für Subventionen bereitstehen. Eine Lenkungsabgabe kann nicht einfach mit der Gewinnverwendung eingeführt werden.

Allgemein: Nicht zur Rechnung gehörend, aber doch noch etwas zu Frauenfeld und Corona: Wir finden es hervorragend, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit waren, über Departmentsgrenzen hinaus dort zu helfen, wo Not am Mann respektive an der Frau war. Denken wir beispielsweise ans Badipersonal oder andere, die plötzlich eine ganz andere Aufgabe erfüllen mussten, und dass auch Pensen kurzfristig verändert werden konnten, zum Beispiel bei Urban Kaiser und Verena Rieser. Herzlichen Dank diesen Betroffenen und all denjenigen, die in dieser Zeit eine ganz andere Arbeit oder viel mehr Arbeit zu tätigen hatten. Grundlage dafür war natürlich, dass der Stadtrat schnell koordinierend und ohne Gärtchendenken gedacht hat. Gratulation dem jungen Stadtratsteam. Das Verhalten des Stadtrats im Zusammenhang mit Corona finden wir insgesamt gut. Wir sind froh, dass unser Stadtrat nicht wie der östliche Nachbar dem Giesskannenprinzip verfallen ist. Wir glauben nicht, dass das Frauenfelder Parlament zum Schutz des Images einfach nachträglich bewilligen würde, was der Stadtrat ohne entsprechende Kompetenz betreffend Gutscheine hinausposaunt hätte, wenn nicht wirklich eine gute Wirkung mit dem Geld erreicht werden kann. Entsprechend unterstützen wir auch den Fonds, insbesondere auch, dass der Stadtrat in dringenden Härtefällen Geld selbst spricht, bevor der Fonds besteht und die Fondsgründung wirklich wie versprochen so schnell wie möglich ins Parlament kommt.

Der Geschäftsbericht ist wiederum sehr informativ, übersichtlich gestaltet sowie gut und verständlich. Das A4-Format finden wir eine geeignete Lösung, zumal der Bericht ja seit wenigen Jahren nicht mehr in alle Haushalte verschickt wird. Besten Dank. Alles in allem zusammenfassend nochmals allen Stadtmitarbeiterinnen und Stadtmitarbeitern ein herzliches Dankeschön vonseiten der CVP/EVP-Fraktion für die Arbeit im letzten Jahr, insbesondere auch inklusive Sparen womöglich, dafür danken wir. Insbesondere aber auch für das gute Zusammenstellen der Rechnungsunterlagen mit den vielen aussagekräftigen Kommentaren. Besten Dank. Übrigens, wir stimmen allen Anträgen zu.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich kann mich meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern weitgehend anschliessen. Das betrifft zum einen das gute Ergebnis, sogar ohne dass der Twerenbold-Deal zustande kam. Das betrifft aber auch und vor allem den Dank an den Stadtrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die mit ihrer sorgfältigen Arbeit dieses Ergebnis mitermöglichten. Die Rechnungsunterlagen sind umfangreich und aussagekräftig, und wir sind froh, wenn die Zuständigen sich auch in den kommenden Jahren darum bemühen, weiter auf einheitliche Begriffe und Verständlichkeit zu achten. Auch beim Begriff des strukturellen Defizits kann ich mich den Vorrednern anschliessen. Davon kann bezüglich Erfolgsrechnung keine Rede sein. Schade wäre, wenn dieses gute Ergebnis langfristig nur noch mit fehlenden Investitionen erklärt werden könnte, auch davon haben wir schon gesprochen. Beim Thema Investitionen ist immer die Frage, welche Investitionen gut und wichtig sind und welche nicht. Das ist letztlich eine Frage der politischen Diskussion, die wir führen müssen, um das zu klären. Wenn es ganz grosse Batzen sind, ist es natürlich auch eine Frage, die wir dem Stimmvolk vorlegen müssen und sollen.

Zu reden gab bei uns die Gesamtwürdigung des Stadtrats auf Seite 34 der Rechnungsbotschaft. Wir sind mit dem Stadtrat damit einverstanden, dass auf Effizienz geachtet werden soll, und wir sehen auch, dass grosse Investitionen auf uns zukommen. Stichworte: Liegenschaften und

Stadtentwicklung. Den im Text implizit konstruierten Zusammenhang, dass die besagten Investitionen nur dann bezahlbar seien, wenn weiter und noch intensiver bei den laufenden Ausgaben gespart würde, halten wir dagegen eher für bizarr. Wir haben als Stadt mittelfristig die Kraft, wichtige Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren, sei es über Steuern oder über Kredite, ohne dass wir die heutigen, teils sowieso gesetzlich verankerten Aufgabenerfüllungen der Stadt womöglich noch auf Kosten der Gesundheit oder der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaputtsparen müssen. Bei aller Liebe für einen schlanken Staat, dem wir als Ökos und verkappte Anarchisten und natürlich auch Liberale anhängen, gewisse Dinge stemmen wir sinnvollerweise und besser als soziales Gemeinwesen. Allfällige neoliberale Tagträume, die hinter solchen Ideen stecken, sollten wir besser dorthin versorgen, wo sie hingehören, nämlich in die Mottenkiste der überholten simplifizierenden und antihumanistischen Theorien. Ich glaube, schlussendlich sind wir uns alle einig, es geht bei dieser Frage um ein «sowohl als auch». Man soll natürlich effizient und sparsam sein, dort wo man kann, man soll aber auch die richtigen und wichtigen Investitionen treffen. In einem ganz unternehmerischen Sinn. Auch wir sind gespannt, wie der geplante COVID-Fonds aussehen soll. Nur schon in unseren Reihen waren wir uns überhaupt nicht einig, was wohl das beste Vorgehen wäre. Eine Unterstützung mit der Giesskanne à la TKB-Gutscheine oder Weinfeldern, eine gezielte Unterstützung für Vergessene der Krise oder ein grosses Investitionsprogramm im keynesianischen Sinn, was uns auch langfristig etwas bringen würde, das sind alles Varianten. Es gibt auch einige unter uns, die, ähnlich wie von der SVP dargelegt, dem Ganzen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen. Wir sind für Eintreten und werden den meisten Anträgen mehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Ich möchte nur kurz das Votum meines Vorredners Heinrich Christ aufnehmen, um Missverständnisse zu vermeiden und zur Klarstellung zu dem, was wir gesagt haben. Vom Sparen bei den Investitionen haben wir nicht gesprochen, falls du die FDP gemeint hast. Unsere Aussage war ganz klar Budgetgenauigkeit. Wenn man schon von neoliberal etc. spricht, muss man auch sagen, wen man damit konkret meint.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen: Ich spreche zum Thema Investitionen, insbesondere zu den Investitionen im Tiefbau. Wie fast jedes Jahr habe ich jetzt einmal mehr gehört, dass man die Investitionen nicht umgesetzt hat und dass das ein Problem ist. Ich muss hier für unser Tiefbauamt bzw. für dieses Departement eine Lanze brechen. Ich mache das selbstverständlich, weil ich als Bauunternehmer mehr Freude hätte, wenn Sie ein bisschen mehr bauen würden. Der Tiefbau ist speziell. Es ist ein Gebiet, alle, jeder und jede weiss genau, wie es geht. Und wenn ich jede und jeder sage, sind das die Anwohnerinnen und Anwohner, Velofahrerinnen und Velofahrer, Autofahrerinnen und Autofahrer, Fussgängerinnen und Fussgänger. Sie alle wissen, wie man es machen müsste. Und genau so wird ein Projekt, welches man im Tiefbau umsetzt, behandelt. Und genau so werden Anstösser mit Wünschen etc. an die Stadt herantreten. Es ist extrem schwierig, die Investitionen im Tiefbau umzusetzen. Und ich glaube, es ist nicht ein Problem der Menschen, die das machen, sondern es ist das Problem unserer Gesellschaft. Hier nehme ich gern das Votum meines Vorredners auf und muss Ihnen sagen, vielleicht wäre eine gute Wirkung in unserer Stadt, und davon gibt es viele gute Beispiele, wenn wir als Gemeinderat uns politisch wirklich einigen würden, egal ob es um Parkplätze oder irgendetwas geht, und die politische Diskussion auch wirklich ausdiskutieren würden. Ohne die Fronten bis am Schluss zu behalten, würde das vielleicht mehr bringen, damit wir unsere Investitionen tätigen könnten, wenn unser Volk endlich sieht, aha, unsere Politik will etwas. Sie wollen es sogar miteinander. Das würde vielleicht mehr bringen, und der eine oder an-

dere würde das Problem vielleicht anders angehen. Was wir sicher nicht lösen können, Sie können auch nicht zehn Juristen anstellen und davon ausgehen, dass es dann besser geht. Das glaube ich nicht. Ich bin auch der Meinung, man sollte mehr bauen, als Bauunternehmer selbstverständlich noch mehr, aber ich glaube, wir machen es gut, der Stadtrat macht es gut. Und ich sage das vor allem aus dem Grund, jetzt habe ich zum ersten Mal Angst bekommen, dass der Stadtrat dem Druck nachgibt und am Schluss probiert, Investitionen zu tätigen, gehauen oder gestochen. Dies führt dazu, dass man Investitionen tätigt, die nicht sauber vorbereitet sind und nicht sauber abgeklärt sind. Viele von Ihnen wohnen in Häusern, die man in Zeiten baute, wo man das nicht sauber machte. Deshalb appelliere ich an Sie, es ist klar, setzen wir uns als Politiker ein und schauen, dass die Investitionen kommen und dass wir einig sind. Ich glaube, das würde relativ viel nützen. Aber Investitionen gehauen oder gestochen durchzuzwängen, ist eine ganz schlechte Lösung.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen ganz herzlich für die positive Aufnahme der Rechnung. Es ist ein wirklich gutes Ergebnis, wir selber waren auch sehr erstaunt über das Ausmass des guten Ergebnisses. Wir danken Ihnen auch dafür, dass Sie dieses Ergebnis auch als Zusammenspiel vieler verschiedener Beteiligter anschauen und entsprechend eben den Dank auch nicht nur an den Stadtrat, sondern auch an die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet haben. Diesen gebührt wirklich auch ein grosser Dank. Ebenfalls vielen Dank für die positive Aufnahme des Geschäftsberichts, der gut, detailliert und umfassend daherkommt, um die Worte von Peter Hausammann aufzunehmen.

Sie haben einige Sachen erwähnt, die ich nur unterstreichen kann. Wir haben, was die Erfolgsrechnung betrifft, kein strukturelles Defizit, da darf ich Ihnen recht geben. Es sieht ein bisschen anders aus, wenn wir die Gesamtrechnung anschauen. Die Einladung zum antizyklischen Verhalten haben wir nicht nur gern entgegengenommen, sondern wir sind ihr auch ein bisschen vorausgeeilt. Sie haben das vielleicht in der Beantwortung der einfachen Anfrage von Gemeinderat Sandro Erné schon gemerkt, dass wir uns in diesem Bereich in diesem Jahr auch eher antizyklisch verhalten werden und den Spielraum ausnützen, den wir durch die vergangenen Jahre mit Bilanzüberschüssen erreicht haben.

Was die Investitionsumsetzung betrifft, danke ich Gemeinderat Stefan Geiges für die Erklärung, weshalb es soweit kommt. Es gibt natürlich viele verschiedene Faktoren, die dazu führen, allerdings sind diese vielen Faktoren auch letztes Jahr wieder eingetroffen und wir bemühen uns wirklich darum, dass wir hier eine grössere Genauigkeit hinkriegen, was aber so einfach nicht ist.

Sie haben einige Aussagen gemacht zum COVID-19-Fonds und richtig festgestellt, dass wir den Überschuss 2019 spezifisch in diesen Fonds einlegen wollen. Dass wir damit ein Zeichen setzen wollen, haben Sie richtig gedeutet. Wir haben damit auch noch keine Versprechungen gemacht. Das ist ein bisschen ambivalent, die einen hätten gern mehr Details gehabt, auf der anderen Seite wollten wir auch nicht zu viele Versprechungen machen. Das Problem ist folgendes: Wir haben im Stadtrat gesagt, etwas werden wir tun müssen und tun dürfen, aber was das Richtige ist, ist vielleicht nicht nur eine politische Thematik, sondern auch rein sachlich. Wenn Sie sich vorstellen, dass der Bund 100 Milliarden Franken spricht, der Kanton 100 Millionen Franken und das herunterrechnen, was dann vielleicht nach Frauenfeld fliesst, wenn man eine «Milchbüchlirechnung» macht, dann ist das in einer Grössenordnung von 30 bis 40 Millionen Franken. Wohin und zu wem genau die fließen, ist heute sehr schwer feststellbar. Ich höre von Gastronomen, die 1.70 Franken pro Tag zugesprochen erhalten, also nahe bei null, und andere, liest man

in den Medien, können sich den Ferrari kaufen. Wer ist wie betroffen? Das ist schwierig abzuschätzen und das braucht etwas Zeit, ähnlich wie bei den Investitionen, um genau zu sehen, was es ist, dass etwas einschlagen wird. Das hat Gemeinderat Stefan Vontobel richtig gesagt, das wissen wir auch, aber wo genau und welche Massnahmen die richtigen sind, das können wir noch nicht sagen. Wir können Ihnen aber sagen, das Giesskannenprinzip ist nicht unser Weg, Christoph Regli hat es angesprochen. Wir haben auch gesehen, was TKB und Weinfeld und Steckborn übrigens auch machen, die 10 Franken pro Einwohner geben. Wir haben das im Übrigen auch intensiv diskutiert, aber das Giesskannenprinzip ist das eine, was wir nicht wollen, wir wollen es aber auch nicht rein für die Wirtschaft ausgeben, sondern wir haben wirtschaftlich und gesellschaftlich gesagt. Natürlich ist Wirtschaft und Gesellschaft sehr nahe beieinander. Wir haben damit gemeint eher im sozialen Bereich oder im Vereinsleben. Da gibt es verschiedene Brennpunkte, die müssen wir aber noch genau kennen und dann den Ansatzpunkt machen. Um der Angst der SVP zu entgegnen, dass wir grosse Aufwendungen machen, um herauszufinden, wo wir was einsetzen werden, wir haben eine interne Arbeitsgruppe aus Mitarbeitenden der Stadt gebildet, um das anzugehen. Wir versuchen hier also, schnell und schlank zu sein. Ob wir es schaffen, gleich nach der Sommerpause mit einer Botschaft zu kommen oder vielleicht erst einen oder zwei Monate später, kann ich Ihnen jetzt noch nicht garantieren. Die Arbeiten laufen an, wir haben selbst verständlich auch noch ein bisschen auf den heutigen Tag gewartet, denn Sie sollten, wenn es gut geht, ja sagen, sonst machen wir andere Arbeiten. Das zu den allgemeinen Aussagen, die Sie gemacht haben.

Es gab dann noch Einzelaussagen wie zum Beispiel Aus- und Weiterbildung, wo Pascal Frey festgestellt hat, dass da wenig bzw. jedes Jahr unter Budget ausgegeben wird. Es ist nicht so, dass wir den Mitarbeitenden ein Verbot auferlegt haben, Weiterbildungsanträge oder Ausbildungsanträge zu machen, vielleicht ist es aber ein Abbild dessen, dass die Alltagsarbeit und das, womit man zu tun hat, relativ wenig Raum lässt, um an Aus- und Weiterbildung zu denken. Das ist vielleicht eher das Thema in diesem Zusammenhang. Die Luft für Aus- und Weiterbildungen fehlt im Alltag an vielen Orten.

Die 15 Millionen Franken, die auf dem Kässeli der Werkbetriebe liegen – ja, wenn die Werkbetriebe anlegen dürften, aber ist das sinnvoll? Das ist momentan auf jeden Fall so nicht möglich, und ob es sinnvoll wäre, ist noch eine andere Frage. Damit geht man Risiken ein, die unter Umständen nicht gewollt sind.

Leistungsvereinbarungen und Controllingberichte: Sie können sicher sein, Severine Hänni von der SVP, dass wir Leistungsvereinbarungen immer wieder überprüfen. Aus meiner Sicht ist das eine Exekutivaufgabe. Und wenn Sie Fragen zu einzelnen Leistungsvereinbarungen haben, kommen Sie in den GPKs auf die betreffenden Stadträtinnen und Stadträte zu.

Noch zu Heinrich Christ: Den Zusammenhang zwischen Sparen und Investitionen, den du auf der Seite 34 gesehen hast, mit der Brille, mit der du sie gelesen hast – ich habe eine andere –, kann man es so sehen, wie du das gemeint hast. Es war aber so, wie du es dann selber ausgelegt hast, also sowohl als auch sparsam und effizient, aber auch investieren. Neoliberalismus habe ich im Stadtrat so noch nicht festgestellt, dass wir ideologisch eine Veränderung diesbezüglich gemacht haben. Wir sind nach wie vor im Sinn des Gemeinwesens und der Menschen in Frauenfeld unterwegs.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist. Somit kommen wir zur materiellen Beratung nach Departementen.

Detailberatung

Departement 1 für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales

(Laufende Rechnung Register 3 S. 8-60, Investitionsrechnung Register 2 S. 4-6)

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Ich spreche heute zum letzten Mal im Namen der GPK Finanzen und Administration zu Ihnen. Ich nehme es vorweg, zur Investitionsrechnung in Register 2 haben wir keine Bemerkungen. Gern berichte ich euch aus der GPK.

Die Einnahmenkonten sind ja immer ein wichtiger Bestandteil der durch unsere GPK zu behandelnden Konten. Ich möchte euch auf den interessanten Jahresvergleich dieser Konten auf Seite 9 des Protokolls aufmerksam machen. Zusammenfassend kann man sagen, dass man immer Angst hatte, dass die glücklichen, übermässigen Erträge der Grundstückgewinnsteuern und der Steuern früherer Jahre plötzlich wegfallen könnten. Nun sind beide markant kleiner, was die normalen Steuern aber kompensiert haben. Glück gehabt, könnte man sagen.

Beruhigt konnte man zur Kenntnis nehmen, dass das Spesenkonto des Stadtrats nicht hoch sei, da die Fixspesen darin nicht enthalten seien, sondern eher tief, da die Fixspesen eben drin sind. Ebenso erging es uns bei den Gemeindetageskarten mit geringeren Einnahmen, da hier auf der anderen Seite auch geringere Ausgaben gegenüberstehen.

Nun etwas, was zwar nicht in unserem Kernbereich gehört, aber für die Stadtrechnung sehr relevant ist. Unter Berücksichtigung von nur budgetierten 80 % der ursprünglich geplanten Investitionen ist der Umsetzungsgrad bei nur 57 %. Dies zeigt auf, wie markant sich die Rechnung verschlechtern kann oder könnte, wenn dann mal mehr umgesetzt werden und entsprechend mehr abgeschrieben werden müsste.

Im Zusammenhang mit den Neubewertungsreserven hat der Finanzchef uns auch informiert, dass seitens Kanton eine Änderung von HRM2 zu erwarten ist, wodurch wir nicht mehr Millionen ansammeln müssen und doch zwingend über acht Jahre eine ausgeglichene Rechnung haben müssen. Ich hatte dies beim Kanton letztes Jahr so angestossen und ich freue mich, wenn das dann irgendwann dann plötzlich zum Tragen kommt.

Wir haben den Fonds bezüglich des Handlings besprochen und haben deshalb ein lachsfarbenes Papier zu euren Unterlagen legen lassen. Wir haben den Hinweis angebracht, dass das fakultative Referendum gefordert werden muss, respektive dass dieses zwingend nötig ist. Inhaltlich und vom vorgesehenen Ablauf her erachten wir den Fonds aber als sinnvoll, weil es doch eine Weile dauern kann, bis er aufgebraucht sein wird oder aufzulösen ist. Die GPK findet es gut, dass letztlich die Stadt zuerst abwartet, welche Geldflüsse es seitens Bund und Kanton gibt. Letztlich sollen nur die nachher immer noch vorhandenen Löcher gestopft werden. Das kann bei Vereinen, bei privaten Personen oder bei Selbstständigerwerbenden sein.

Wir wurden informiert, dass die Arbeitslast aufgrund des Ausfalls unseres Sekretärs auf die Mitarbeitenden in der Stadtkanzlei verteilt wurde. Herzlichen Dank, dass die Beglückten aus der Verteilung auch mitgemacht haben. Deshalb mussten aber auch Prioritäten neu gesetzt werden und deshalb wurde auch ein höherer Gleitzeitaldo auf dem Konto 1210.3099.01 ersichtlich.

Ebenso wurden wir über den Nutzen des E-Dossiers informiert. Wir denken, dass es gewisse Einsparungen geben kann, aber dass man da nicht mit grossen Würfeln rechnen darf.

Bei der Beantwortung unserer Frage zur Kostenentwicklung bei der öffentlichen Beleuchtung wurde zu Recht auf die Entflechtung durch das an der letzten Sitzung genehmigte neue Reglement hingewiesen.

Betreffend die geringeren Parkgebühren erfuhren wir, dass die Daten kaum analysierbar sind, da die Zuordnung der Einnahmen auf einzelne Plätze nur beschränkt möglich ist. Trotzdem wird versucht, Schlussfolgerungen aus den bestehenden Daten zu erlangen. Bisher konnten lediglich einige Motive festgestellt werden, dass aufgrund der Mehrwertsteuerpflicht einzelner Parkplätze die Nettoeinnahmen um die Mehrwertsteuer gesunken sind, dass das obere Mätteli zwar zur Verfügung steht, aber dass es weniger Einnahmen gibt, wenn es vom Zirkus belegt ist. Und beim Parkplatz Marktplatz ist allen bekannt, dass die Bautätigkeit eine eingeschränkte Nutzung erzwungen hat. Man ist aber noch auf der Suche nach den weiteren Gründen.

Im Weiteren haben wir uns noch über die Feuerwehrbestände und die entsprechenden Minimalzahlen informiert. Wir haben auch darüber gesprochen, dass Familiengrabfonds weiterhin angeboten werden sollten im Gegensatz zu Einzelgräbern, dass dabei die Kosten aber gedeckt sein sollten.

Die GPK hat allen Anträgen – natürlich gemäss lachsfarbenem Papier – einstimmig zugestimmt.

Departement 2 für Bau und Verkehr

(Laufende Rechnung Register 3 S. 60-87, Investitionsrechnung Register 2 S. 6-19)

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Zuerst zur Erfolgsrechnung: Gegenüber dem Budget schloss die Rechnung beim Aufwand mit rund 845'000 Franken besser ab, und zwar mit 11'172'084.62 Franken. Beim Ertrag war es praktisch eine Punktlandung, er lag knapp 2'500 Franken höher als budgetiert, das heisst bei 516'812.55 Franken. Dann noch einige Erläuterungen zu einzelnen Positionen, welche unter anderem in der GPK angesprochen wurden:

Zu den departementsbezogenen Aufwänden/Erträgen Konto 3631.00 Gemeindebeitrag und Pflanzenschutzfonds: Ein Gemeinderat erkundigte sich, was dieser Fonds beinhaltet. Der GPK-Präsident war der Meinung, dass dies ein Beitrag an die Bekämpfung von invasiven Pflanzen sei. Finanzchef Reto Angehrn teilte mit, dass dies eine Zahlung an den Kanton sei. Per Gesetz müsste hier 1.50 Franken pro Einwohner bezahlt werden.

S. 61 Konto 2000.4601.03 Anteil Verkehrssteuern: Es wurde die Frage gestellt, aus was dieser Betrag bestehe. Finanzchef Reto Angehrn erklärte, dass diese Beiträge vom Bund seien, da sich die Stadt ebenfalls am Verkehrsnetz beteilige.

S. 62 Konto 2111 Bauberatung, Baubewilligung 3110.00 Büromöbel und Geräte und 3111.20 Anschaffungen Maschinen und Geräte: Es wurde gefragt, warum es hier zu ausserplanmässigen Beschaffungen kam. Reto Angehrn erklärte, dass dies mit der neuen Stelle im Hochbauamt für die Liegenschaftenverwaltung zusammenhängt.

S. 63 Konto 2111.4210.01 Baubewilligungsgebühren: Ein Gemeinderat hat erfahren, dass eine Baubewilligung oder eine Bewilligung für eine Luftwärmepumpe 975 Franken kosten würde. Das hält er für ziemlich teuer. Stadtrat Andreas Elliker erklärte, dass ein solches Gesuch viele Abklärungen benötige und die Arbeiten kostendeckend sein müssten. Die Arbeit für eine Wärmepumpenbewilligung ist eine klassische Baubewilligung mit öffentlicher Auflage. Mit der alten Gebührenverordnung wäre die Gebühr bei 450-500 Franken gewesen. Eine ungefähre Verdoppelung der Gebühr war das Ziel der Gebührenrevision. Die Folgefrage lautete, ob hier noch eine Marge eingebaut sei. Gemäss Finanzchef Reto Angehrn ist es so, dass über das gesamte Konto 2111 ein Defizit von 325'000 Franken vorhanden ist. Somit ist man insgesamt noch lange nicht kostendeckend unterwegs. Der GPK-Präsident gab zu bedenken, dass bei aufsässigen, mühsamen Personen, die eine Baueingabe machen, der Mehraufwand nicht in Rechnung gestellt wird.

S. 63 Konto 2111.3132.01 Honorare Leitungskataster: Eine Gemeinderätin fand den Betrag ziemlich hoch. Ein Gemeinderat erklärte, dass hier wahrscheinlich Spezialarbeiten nötig waren. Der ÖREB musste kantonal eingeführt werden. Das sei ein Register, wo Zonenpläne, Altlasten, Baulinien etc. angesehen werden können. Die Gemeinderätin erkundigte sich, ob diese Arbeiten richtig benannt wurden und ob das tatsächlich zum Leitungskataster gehört, was auch ein anderer Gemeinderat bezweifelte. Ein weiterer Gemeinderat fragte, ob dies ein einmaliger Aufwand sei. Gemäss Finanzchef Reto Angehrn sind hier für das laufende Jahr 5'000 Franken vorgesehen. Wie die nachträgliche Abklärung durch Stadtrat Elliker ergab, führt der Geometer die Nachführungen des ÖREB nach, welche durch Unterschutzstellungen, Zonenplanänderungen, Anpassung der Linienführung von Strassen etc. ausgelöst werden. Da es sich bei diesen Nachführungen um eine neue kantonale Angelegenheit handelt, wurde dies nicht budgetiert.

S. 66 Konto 2114 Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Stadt Frauenfeld, Energiefonds Anteil für Projekte Dritter Unterkonto 3637.00 Beiträge an private Haushalte: Eine Gemeinderätin erkundigte sich, ob die Beiträge tatsächlich aufgrund von weniger Gesuchen so stark zurückgingen. Finanzchef Angehrn erklärte, dass nicht die Anzahl der Gesuche, sondern die Gesamtsumme aller Gesuche entscheidend sei. Der GPK-Präsident gab zu bedenken, dass der Kanton diese Beiträge erhöht und die Stadt daher ihre gesenkt habe, wie Stadtrat Elliker bestätigte.

S. 66 Konto 2114.3637.95 Beiträge Energiefonds: Es wurde gefragt, wie sich diese Beiträge zusammensetzen. Reto Angehrn erklärte, dass dieses Konto die Änderungen des Bestands ausweisen. Die Zusicherungen werden nicht verbucht, sondern kommen auf eine Liste. Sobald die Zusicherung monetär fliesst, kommt sie in die Finanzbuchhaltung. Die übriggebliebenen werden als Gesamtsumme zurückgestellt. Ende Jahr gibt es eine Veränderung beim Bestand der Zusicherungen, die hier ausgewiesen werden. Das bedeutet nicht, dass der Fonds weniger beansprucht wird. Man prüfe hier eine Veränderung, damit dies besser ausgewiesen werden könne.

S. 70 Konto 2220 Verkehrsplanung Unterkonto 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Eine Gemeinderätin stellte die Frage, warum die Abweichung immer 100 % sei. Stadtrat Elliker erklärte, dass dies für Abklärungen von parlamentarischen Vorstössen im Bereich

Verkehr sei. Dies wurde seit 2013 nicht mehr benötigt. Vieles konnte intern abgeklärt werden. Reto Angehrn ergänzte, dass im aktuellen Budget nur noch 10'000 Franken dafür vorgesehen sind.

S. 72 Konto 2241 Stadtbus, Löhne: Es wurde gefragt, um wie viele Stellenprozente es sich hier handle, dass die Erhöhung zwischen der Rechnung 2018 und 2019 so hoch ausfalle. Der Finanzchef antwortete, dass es im Jahr 2019 100 Stellenprozente waren. Gemäss nachträglicher Abklärung durch Stadtrat Elliker waren 2018 die Lohnkosten tiefer, da damals ein unbezahlter Urlaub gewährt wurde.

S. 73 Konto 2241 Unterkonto 4290 Übrige Entgelte: Ein Gemeinderat stellte die Frage, ob die Mehreinnahmen bei den Busreklamen auf das Wahljahr zurückzuführen seien, dies wurde von Stadtrat Elliker bestätigt. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass die Einnahmen beim Stadtbus aufgrund des Lockdowns im Jahr 2020 deutlich tiefer ausfallen werden.

S. 75 Konto 2310 Gemeindestrassen Unterkonto 3101.02 Treibstoffe: Ein GPK-Mitglied wollte wissen, wie es zur Reduktion der Treibstoffausgaben kam. Stadtrat Elliker antwortete, dass dies auf den vermehrten Einsatz von Elektrofahrzeugen zurückzuführen sei.

S. 79 Konto 2322 Naturschutz Unterhalt Unterkonto 2149.12 Unterhalt Naturschutzgebiete: Ein GPK-Mitglied teilte mit, er kenne sich etwas mit dem Thema Biberbau aus. Seiner Meinung nach können diese Kosten nicht so hoch sein. Ausserdem müsste doch der Kanton solche Kosten tragen. Stadtrat Elliker wies darauf hin, dass im Konto 4631.00 die Beiträge vom Kanton aufgeführt seien und das dort inkludiert sei. Gemäss nachträgliche Abklärung vom Stadtrat Elliker handelt es sich beim Biberbau um eine dringliche Umsiedlung eines Bibers, welcher immer die Meteorwasserleitung im Gebiet Rietweiher aufstaute und dadurch sehr viele Unterhaltsarbeiten verursachte. Der neue Biberbau wurde durch einen Biberspezialisten vom Amt für Umwelt des Kantons direkt ausgeschrieben und vergeben.

S. 82 Konto 2340 Abfallbeseitigung Unterkonto 3143.21 Unterhalt Unterflurcontainer: Der GPK-Präsident erkundigte sich, ob im Unterhalt auch der Neubau enthalten sei. Finanzchef Angehrn bejahte dies. Es komme nicht in die Investitionsrechnung, da ein Unterflurcontainer nicht über 100'000 Franken kostet.

S. 83 Konto 2340 Unterkonto 4260.36 Rückerstattung Kehrichtverband: Ein GPK-Mitglied stellte die Frage, warum die Rückerstattungen um 40'000 Franken zurückgegangen sind. Stadtrat Elliker konnte nicht genau sagen, wie dieser Betrag zustandekommt. Budgetiert war aber immer ziemlich genau der in der Rechnung ausgewiesene Betrag. Reto Angehrn schlussfolgerte, dass im Jahr 2018 der Betrag höher war, weil mehr Unterflurcontainer gebaut wurden, woran sich der Kehrichtverband beteilige.

Investitionsrechnung: Die Investitionen lagen um gut 3 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Stadtrat Andreas Elliker erklärte anhand der geplanten Sanierung der Talstrasse, welche unterschiedlichen Ursachen bei einem Strassensanierungsprojekt immer wieder zu Verzögerungen führen, welche für die Stadtverwaltung nicht vorhersehbar seien. Hier wird der Stadtrat weiter gefordert sein, die Budgetgenauigkeit zu verbessern, was aufgrund der sehr unterschiedlichen Einflüsse eine sehr grosse Herausforderung darstellt.

Die GPK stimmte der Rechnung für das Departement 2 einstimmig zu. Wir empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die Investitionen beim Tiefbau wurden heute viel erwähnt. Dazu möchte ich Ihnen ein paar Ergänzungen geben. Wir bauen mit dem Kanton und mit dem Bund zusammen. Zum Beispiel bei der St. Gallerstrasse wurde uns vor meinem Amtsantritt im Frühling gesagt, sie wird gebaut. Es fehlte dort unter anderem eine Unterschrift des Bundesamts für die Abholung von Agglomerationsgeldern, die nicht kam. Der Kanton Thurgau baute bei einer Sanierung am Talbachkreisel. Die Stadt ist zu einer Beteiligung verpflichtet, so wurden wieder Mehrausgaben getätigt. Solche Sachen haben wir fortlaufend. Unter anderem an der Weststrasse wurde kurzfristig für 2020 ein Kreiselbau geplant. Dieser wird nun aber, wie es aussieht, erst 2021 umgesetzt. In dieser Lage befinden wir uns. Es ist eigentlich noch gut, ich befinde mich hier wie auf dem Landwirtschaftsbetrieb, es ist immer etwas Anderes, was kommt und es wird nicht einfach, eine Genauigkeit zu erreichen. Ich danke Ihnen schon im Voraus für das Verständnis, dass die Genauigkeit in Zukunft auch nicht immer präzise sein wird. Wir versuchen aber, hier das Beste zu erreichen.

Departement 3 für Werke, Freizeitanlagen und Sport

(Laufende Rechnung Register 3 S. 87-103, Investitionsrechnung Register 2 S. 19-21)

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: An unserer GPK-Sitzung vom 6. Mai erläuterten uns Stadtrat Fabrizio Hugentobler und erstmals Amtsleiter Roman Brülisauer die erfreulichen Abschlüsse des Departements 3. Dass die Rechnung rund 3 % unter Budget abgeschlossen werden konnte, ist gemäss Fabrizio Hugentobler unter anderem auf Sparmassnahmen, genaue Budgetierung und immer auch ein bisschen Glück, vor allem bei den saisonalen und unbeeinflussbaren Faktoren zurückzuführen. Dass die Zahlen der Rechnung 2019 im Departement 3 unauffällig und die Erklärungen plausibel waren, beweist auch die Tatsache, dass an der GPK-Sitzung im Gegensatz zu den Hallenbadsanierungssitzungen äusserst wenige Fragen gestellt wurden. Es erstaunt deshalb wohl auch wenig, dass die Abschlüsse von der GPK einstimmig gutgeheissen wurden.

Neben den Erklärungen für Ausgaben sind immer auch wieder Zusatzinformationen interessant. So zählte man beispielsweise im Casino 2019 bei 110 Veranstaltungen 27'000 Besucherinnen und Besucher, welche sich hauptsächlich auf den Zeitraum von Oktober bis Mai verteilten. Weiter war in Erfahrung zu bringen, dass das Büro Leiter Sportanlagen neu in Gebäude Kunsteisbahn zu finden ist, nachdem Beppo Meier jahrelang seine Büroarbeit in einem fensterlosen Kabäuschen leistete.

Bei den geplanten Investitionen auf dem Sportplatz waren die Erklärungen ebenfalls einleuchtend. Während die WC-Anlagen im Restaurant deutlich günstiger als budgetiert saniert werden konnten, wurde die geplante Energieoptimierung im 40-jährigen Garderobengebäude zurückgestellt, um zuerst die Gesamtentwicklung der Freizeit- und Sportanlagen zu überprüfen.

Abschliessend möchte ich meinen Eindruck der Arbeit im Departement 3 wie folgt zusammenfassen: Der Schwerpunkt der Arbeit in diesem Departement liegt im Moment bei der Sanierung des Hallenbads. Das Tagesgeschäft wird, wie die vorliegenden Zahlen offensichtlich beweisen, auf einer notabene durch den ehemaligen Feuerwehrkommandanten wohldosierten Sparflamme

gehalten. Im Namen der GPK danke ich allen für die Aufbereitung der vorliegenden Zahlen und Ausführungen verantwortlichen Personen für die wertvolle und nützliche Arbeit.

Departement 4 für Alter und Gesundheit

(Laufende Rechnung Register 3 S. 103-112)

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung 2019 des Departements Alter und Gesundheit schliesst mit einem Mehraufwand von rund 874'000 Franken im Vergleich zum Budget ab. Dass dies zu Fragen Anlass gibt, ist nicht verwunderlich. Doch kann dieser Mehraufwand begründet werden und hat in unserer GPK auch nicht zu Diskussionen geführt. Die Abweichung zum Budget wird vor allem von Positionen, die schwer zu budgetieren sind, verursacht. Ich möchte nur zwei davon erwähnen. Ich möchte mich kurzfassen, schliesslich haben Sie ja die Rechnung und den Geschäftsbericht eingehend studiert und ich möchte mich da nicht wiederholen. Es sind dies hauptsächlich die Prämienverbilligung und die Übernahme von Prämienausständen S. 109 Konto 4122. Darin enthalten ist die Übernahme von Verlustscheinforderungen der Krankenkassen. Dies geschieht im Rahmen des im Jahr 2019 aufgegleisten Case Managements, dessen Konzept von Urban Kaiser in Zusammenarbeit mit dem Departement Alter und Gesundheit erarbeitet wurde. Voraussichtlich 2020 wird sich das Case Management positiv auswirken.

S. 110 Konto 4140 Ambulante Betreuung Krankheit und Alter: Da sind vor allem die Beiträge für Langzeitpflege an private Institutionen und an die Langzeitpflege Spitex zu erwähnen.

Mir ist es ein Anliegen, dass wir nicht vergessen, dass es hier nicht nur um Zahlen und Geld geht, sondern auch um Menschen, die oft in schwierigen Situationen sind. Menschen sind nicht planbar. Darum kann auch die sorgfältigste Budgetierung nicht verhindern, dass es auch weiterhin zu Abweichungen im Vergleich zum Budget kommen kann. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeit empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme der Rechnung 2019 des Departements Alter und Gesundheit.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales

(Laufende Rechnung Register 3 S. 112-120, Investitionsrechnung Register 2 S. 17)

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung 2019 wurde uns an der GPK-Sitzung vom 6. Mai von Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, den Amtsleitern Martin Gfeller und Markus Kutter transparent und aufschlussreich vorgestellt.

Das Departement Gesellschaft und Soziales schloss mit rund 2.2 Millionen Franken unter Budget ab. Dies sei gemäss der Stadträtin auf Rückzahlungen im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe und einen sparsamen Umgang mit Mehrausgaben zurückzuführen. Wiederum sind also die Abweichungen durch nicht planbare und nicht beeinflussbare Faktoren zustande gekommen.

Zum Amt für Soziale Dienste wurde uns erklärt, dass es sich bei den Globalpauschalen nicht um einen fixen Betrag handle, sondern dass diese von der Anzahl an Fällen abhängt, welche Frauenfeld angerechnet werden. Die Konten Unterstützung Asylbewerber und Anerkannte Flüchtlinge stehen in einem direkten Zusammenhang und hängen vom Status der Anwesenheit ab. In die-

sem Zusammenhang erklärte uns der Amtsleiter auch, dass diese Materie sehr komplex sei und sich die Beiträge laufend ändern würden. Zurzeit profitiere Frauenfeld auch von Zahlungen des Kantons, was sich aber auch jederzeit schnell ändern könne.

Sorgenkind in diesem Amt ist die Berufsbeistandschaft. Krankheitsbedingte Ausfälle führten zum Einsatz von temporären Arbeitskräften, welche in der Rechnung deutlich über dem geplanten Budget liegen. Die Gründe für die Ausfälle konnten der GPK nicht detailliert erklärt werden. Klar ist aber, dass diese vier Personen nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkehren werden. Gemäss der Amtsleitung wurden mittlerweile tiefgreifende Prozesseingriffe vorgenommen, welche zu einer Stabilisierung der Organisation führen sollen.

Die Rechnung zum Amt für Gesellschaft und Integration wurde uns von Markus Kutter vorgestellt. Dieses Amt schloss mehr oder weniger mit einer Punktlandung ab und gab deshalb in der GPK auch nicht viel Anlass zu Diskussionen. Es gab einen Anstieg von Deutschkursen und in der Sprachspielgruppe, was zu einem höheren Personalbestand, aber auch zu höheren Einnahmen führte. Die Zusammenarbeit mit den Schulen funktioniert hier sehr gut.

Die GPK dankt der Stadträtin, den Amtsleitern und allen Beteiligten für ihre Arbeit und empfiehlt die Rechnung einstimmig zur Annahme.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit haben wir die Rechnung der Departemente der Stadtverwaltung abgeschlossen. Wir behandeln nun noch die übrigen Register des Rechnungsordners und kommen zur Bilanz in Register 4 und zum Anhang zur Jahresrechnung in Register 5. Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit haben wir die Departemente der Stadtverwaltung vollständig abgeschlossen. Wir kommen nun zu den Rechnungen der stadteigenen Betriebe.

Rechnung der Werkbetriebe

(Laufende Rechnung Register 7, Investitionsrechnung Register 6, Bilanz Register 8, Lagebericht, Eigenkapitalnachweis und Kennzahlen Register 9)

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Wir haben die Rechnung an der Sitzung vom 14. Mai behandelt. Die Werkbetriebe haben erneut ein sehr erfolgreiches Jahr hinter sich, der Ertragsüberschuss liegt mit knapp 8.7 Millionen Franken ca. 1.5 Millionen Franken höher als in der Rechnung 2018, vor allem aber über 6 Millionen Franken über dem Budget. Die Verantwortlichen konnten diese und weitere Abweichungen gegenüber der GPK sinnvoll erklären und die Gründe nennen.

Eine einzige grössere Diskussion entstand im Zusammenhang mit dem Antrag 3.1.1, der eine temporäre Energietarifreduktion vorsieht, da ein Kommissionsmitglied diese Gewinnverteilung infrage stellte. Demnach sollten die 1.5 Millionen Franken aus dem Bereich Gaswerk in den Energiefonds übertragen werden, damit auch das örtliche Gewerbe durch Sanierungsarbeiten davon profitieren kann. Die Gegenseite argumentierte, dass das Geld der Fairness halber an die Kunden zurückfliessen solle, die zu viel bezahlt haben. Ausserdem helfe auch der geplante Rabatt dem Gewerbe, da dieses dadurch seine Fixkosten senken könne. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass solche Rückzahlungen auch in der Vergangenheit erfolgten, unter

HRM2 würden sie einfach neu als Fonds deklariert. Es sei aber faktisch dasselbe. Weiter wurde die Frage diskutiert, ob eine anderweitige Verwendung des Betrags rechtlich überhaupt machbar wäre. Diese Frage konnte im Rahmen der GPK-Sitzung nicht abschliessend geklärt werden. Von weiteren Abklärungen wurde innerhalb der GPK aber abgesehen.

Zu den Anträgen auf den Seiten 36 und 37 der Botschaft: Dem Antrag 3 hat die GPK einstimmig zugestimmt. Dem erwähnten strittigen Antrag 3.1.1 stimmte die GPK mit 4 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen zu. Den Anträgen 3.1.2, 3.1.3, 3.1.4 und 3.1.5 wurde wiederum einstimmig zugestimmt. Die GPK dankt den Verantwortlichen der Werkbetriebe und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Ich möchte einleitend etwas zu meiner Begrüssung sagen. Stadtrat Elliker hat mich da auf etwas aufmerksam gemacht. Es ist also nicht mangelnder Respekt euch gegenüber und den Personen auf der Tribüne gegenüber, dass ich mich bei der Begrüssung so kurz fasse. Ich möchte es nicht einfach zehn Mal machen, wie alle anderen es machen. Und wenn ich einmal das Vergnügen bekomme, als erster im Rat sprechen zu dürfen, begrüsse ich auch alle formell korrekt.

Warum stehe ich jetzt hier vorne? Es geht wieder um die Gewinnverwendung der Werkbetriebe. Das war bereits vor zwei Jahren schon ein Thema. Es ist hochumstritten und der Stadtrat beantragt wieder, dass wir den Gewinn in Form von Tarifiereduktionen an die Kundinnen und Kunden zurückvergüten. Das ist jetzt kein Misstrauensvotum gegenüber den Werkbetrieben, die machen offenbar eine gute Arbeit, sonst hätten sie nicht immer so viel Geld auf der hohen Kante. Es ist wirklich einfach die Art und Weise, wie die Gewinne verwendet werden sollten, diese stört mich persönlich. Es ist auch so, dass alle Anstrengungen, welche ich bisher unternommen habe, um irgendwie herauszufinden, wie man diese Gewinne anders verwenden könnte, immer abgeblockt wurden, vornehmlich mit dem Totschlagargument des Rechtsgutachtens über die Wärme Frauenfeld AG. Ich habe das Gefühl, es kann doch nicht sein, dass man mit diesem Argument am Weiterdenken gehindert wird. Deshalb habe ich mir die Zeit genommen und mir die Regulierungen genauer angeschaut. Es ist sehr kompliziert und ich möchte explizit Peter Wieland, dem Leiter der Werkbetriebe danken. Er hat mich nämlich unterstützt und konnte mir verschiedene Fragen beantworten und einen Teil dazu beitragen, dass ich diesbezüglich jetzt ein bisschen schlauer bin. Was ist dabei herausgekommen? Erstens ist alles nicht so klar und zweitens ist es auch gut möglich, dass man den Gewinn tatsächlich anders einsetzen könnte. Der Sprecher der GPK hat es gesagt, zum Beispiel könnte man Gutscheine für Energiesparlampen an die Bevölkerung verteilen. Dann ist es auch verursachergerecht. Jene, die den Gewinn mitverursacht haben, erhalten dann etwas zurück. So könnten die Leute nämlich länger profitieren. Mit der einmaligen Tarifiereduktion bekämen sie einfach für ein halbes Jahr eine ein bisschen tiefere Rechnung, aber wenn sie mit diesem Geld Energiesparlampen kaufen könnten, hätten sie für fünf oder zehn Jahre eine tiefere Stromrechnung. Dagegen hätte sicher niemand etwas und in der Gesamtsumme würde jeder vermutlich sogar noch mehr profitieren. Und das Klima hätte auch noch etwas davon, das wäre also eine Win-Win-Situation. Ob das beim Gaswerk auch geht, ist schwierig zu sagen. Genannt wurde der Energiefonds. Das müsste man sicher einmal genauer anschauen. Und das ist auch der Grund, warum ich hier vorne stehe. Ich möchte den Stadtrat ermuntern, es genau anzuschauen. Und wenn es da keine Lösung gibt, dann soll man keine Gewinnausschüttung machen, sondern das Geld auf die hohe Kante legen. Im neuen Werkbetriebsreglement steht nämlich unter anderem: «Sie finanzieren für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Massnahmen zur Energiewende die erforderlichen Investitionen». Dann haben

Sie nämlich Geld, um das zu machen. Aber einfach im Giesskannenprinzip ausschütten ist wirklich sinnlos. Ich möchte alle ermuntern, die das auch nicht für sinnvoll erachten, dem Antrag 3.1.1 in der Botschaft nicht zuzustimmen.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Geschätzter Gemeinderat Michael Pöll, ich bin nicht erstaunt über ihren Soloflug, den Sie jetzt vorgenommen haben. Ich bin insofern erstaunt, weil wir Ihnen gestern die Antwort auf Ihre Fragen gegeben haben und eigentlich auch klar in der GPK das Vorgehen skizziert haben und gemeinsam auch bestimmt haben, wie wir jetzt die weiteren Schritte nach der Annahme des neuen Reglements, sofern es dann rechtskräftig ist, weiter vorantreiben möchten. Das wäre eigentlich meinerseits das Vorgehen, dass wir bei der morgen geplanten GPK-Sitzung das traktandierete Thema der weiteren Gewinnausschöpfung oder der Einsetzung der Gewinne eben schlussendlich diskutieren. In welchem Reglement, in welcher Art und ich denke, das wäre jetzt der falsche Zeitpunkt, dies so einfach mit einem Schnellschuss wieder zu erledigen. Deshalb bin ich der Meinung, man soll den Anträgen wie vorgeschlagen folgen und wir klären das sachlich und vernünftig und auf einer Ebene, wie wir sie eben vorgeschlagen haben, in der GPK.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Nur ganz kurz nochmals: Ich habe Verständnis für Kollege Pöll, und zwar deshalb, weil er x-mal abgespiesen worden ist, ohne dass man sich je mit seinem Anliegen wirklich auseinandergesetzt hat. Deshalb ist das absolut in Ordnung und kein Soloflug, dass er das nochmals gemacht hat. Da wäre der Vorwurf eher, dass man ihn in diese Rolle gedrängt hat, denn die Fragen sind eigentlich schon lange auf den Tisch. Zweitens finde ich es sehr gut, dass man es jetzt, wie das Stadtrat Hugentobler gesagt hat, genau zu klären versucht, auch rechtlich. Ich möchte einfach nochmals darauf hinweisen, man darf nicht zwei Sachen vermischen. Ich habe es in meinem Eintretensreferat angetönt. Das eine ist die Frage: Welche Gelder aus den Gewinnen der Werkbetriebe können überhaupt wie verwendet werden? Und da muss einmal klar werden, welches die Gebührengelder sind, die nicht zweckentfremdet werden dürfen, und ob wir allenfalls auch andere Erträge haben, die nicht aus den Gebührengeldern kommen, sondern weil man an der Börse oder an der Strombörse Gewinne gemacht hat. Das ist die eine Geschichte mit dem Stichwort Zweckentfremdungsverbot. Das ist aber die grundsätzliche Geschichte, die spielt vor allem aktuell jeweils eine Rolle für konkrete Vorhaben, für das Budget, für die Gelder, die man in der Gegenwart und der Zukunft wie brauchen soll. Das zweite ist die Gewinnverwendung und da liegt eben das Problem so, wie es jetzt gehandhabt wurde. Man kann Gewinne nicht beliebig einfach irgendwohin tun. Ganz unabhängig davon, ob es nun um Zweckentfremdung geht oder nicht, das ist abgeschlossen, das ist 2019. Wenn man neue Sachen machen will, muss man das in das neue Jahr bringen. Wir können nicht rückwirkend aus Erträgen aus früheren Jahren einfach irgendwelche Aufgaben neu machen. Unsere Fraktion war vor Jahren schon sehr skeptisch eingestellt, ob das überhaupt mit diesen Rabatten funktioniert. Das hat man auch nie sauber rechtlich geklärt. Wir haben gesagt, ok, wir lassen fünf gerade sein, es ist ja immerhin gewissermassen eine Rückerstattung. Wobei man auch das ganz genau auseinandernehmen müsste. Wir wissen immer noch nicht, wie die Gewinne zustandekommen. Was ist wirklich aus Gebührengeldern und was aus dem Stromhandel etc.? Einfach auch daran denken, die Gewinnverwendungsgeschichte ist ein bisschen eine heikle Sache. Grundsätzlich gehört der Gewinn auf die hohe Kante und ins Eigenkapital und dann hat man allenfalls noch bestimmte Eigenkapitalkonten, wo man das machen könnte, zum Beispiel Neubewertungsreserven bei den Liegenschaften. Aber der Gewinn ist nicht dazu da, irgendwelche Aufgaben, die man nun auch noch gern machen möchte, mit alten Geldern neu zu machen. Das muss man für die Gegenwart und für die Zukunft machen. Ich bitte, dem Beachtung zu

schenken und das sauber abzuklären. Bei anderer Gelegenheit hat man gesagt, mit zehn Juristen wird es nicht besser – nicht wahr Stefan – aber hier braucht es einen, und zwar einen, der drauskommt.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Ich fühle mich hier als GPK-Präsident leicht angesprochen, dass ich meine Mitglieder nicht ganz ernstnehme. Ich bin auch der Meinung, dass ich als GPK-Präsident die Verantwortung habe, dass wir die Kosten im Griff haben. Ich mache darauf aufmerksam, wie viel Rechtsgutachten in diesem Rat bereits gekostet haben. Für die letzten Rechtsgutachten, wo wir abgeklärt haben, ob wir überhaupt eine Gemeinderatssitzung durchführen sollen, wurden wahrscheinlich 15'000 oder 20'000 Franken ausgegeben. Selbstverständlich habe ich kein Problem, wenn irgendjemand seinen demokratischen Willen durchsetzt. Peter Hausammann und ich sind die letzten, die das bekämpfen würden. Fact der Geschichte ist aber ganz klar, die Fragen – und dafür bedanke ich mich recht herzlich bei Michael Pöll und für die Antworten beim Stadtrat –, es ist nicht so einfach. Es gibt ein paar Leute in diesem Rat, die politisch ein bisschen mehr Erfahrung haben und in etwa wissen, wie das Resultat herauskommt. Aber wie gesagt, wir können auch dafür einen ETH-Professor anstellen, denn einem hier im Saal glaubt ihr ja nicht, um jede Frage abklären zu lassen. Ich sage es noch einmal, die letzte Gemeinderatssitzung hat uns 15'000 bis 20'000 Franken gekostet, schätze ich, dafür haben wir alle unseren Sold gespendet. Darum habe ich als GPK-Präsident schon eine Verantwortung, dass man nicht einfach alles sofort abklärt. Denn diese Abklärung muss seriös sein, sonst funktioniert sie nicht. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, ich habe es heute schon einmal gesagt, wir haben hier im Rat ein Problem. Bei der Verkehrspolitik und Energiepolitik führen wir hier drin Krieg vor der Öffentlichkeit. Das finde ich überhaupt nicht gut.

Rechnung Alterszentrum Park

(Erfolgsrechnung Register 10, Bilanz Register 11, Anhang Register 12)

Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung für das AZP 2019 schliesst bei einem Gesamtergebnis von knapp 19.9 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 376'400 Franken ab. Der Ertrag ist somit um über 300'000 Franken höher als budgetiert.

Im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach konnte mit einer Belegung von 96.74 % eine Steigerung zum Vorjahr erzielt sowie die Erwartungen zum Budget um über 2 % übertroffen werden. Die Pflegebedürftigkeit ist im Jahresdurchschnitt 2019 zum Vorjahr ebenfalls gestiegen. Dies führte zu Mehreinnahmen von rund 426'000 Franken. Durch die erhöhte Pflegebedürftigkeit stieg auch der Personaleinsatz. Wie auch im Vorjahr sind hier leider wieder mehrere längere Krankheitsabsenzen zu verbuchen. Dies führte insgesamt zu ebenfalls höheren Personalkosten von rund 413'000 Franken. Die Restkostenbeiträge sind durch die höheren Pflegestufen ebenfalls gestiegen und wurden zudem durch den Kanton höher angesetzt als in den Vorjahren. Schlussendlich resultierte ein Ertragsüberschuss für das Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach von 173'400 Franken.

Auch in der Parksiedlung konnten mit 99 % Belegung die bereits hoch budgetierten 98 % übertroffen werden. Hier führten ebenfalls ein höherer Pflegebedarf, aber auch niedrigere Zinskosten für die Neuanlage zu einem Ertragsüberschuss von 165'900 Franken. Das betreute Wohnen weist bei einer 100%-Belegung ebenfalls einen Ertragsüberschuss von 37'000 Franken auf.

Das Tageszentrum konnte nach einem schwierigen Start aufgrund diverser Absagen zum Jahresbeginn die Belegung doch noch auf knapp 80 % steigern. Budgetiert waren 85 %. Das kleine Defizit von nicht ganz 5'000 Franken konnte durch die Spende der Berty Frei-Jung-Stiftung und einen Beitrag aus dem Solidaritätsfonds ausgeglichen werden. Somit weist das Tageszentrum eine ausgeglichene Rechnung auf.

Die GPK stimmt den Anträgen unter Punkt 4 einstimmig zu. Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AZP und auch der Abteilung Gesundheit und Alter für die geleistete Arbeit im Jahr 2019. Und bereits jetzt schon ein grosses Danke an genau diese Mitarbeitenden für ihren Einsatz während des laufenden, sehr aussergewöhnlichen Jahres.

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Ich möchte nur eine kleine Korrektur zum Votum des GPK-Sprechers machen. Ich gehe davon aus, dass es eher ein Versprecher gewesen ist. Beim Tageszentrum Ergaten-Talbach kamen 5'000 Franken vom Förderverein Tageszentrum und nicht aus dem Solidaritätsfonds. Einfach, damit das dann nicht falsch im Protokoll steht.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Die Rechnung der Departemente, der Betriebe sowie des Alterszentrums haben wir nun beraten und kommen nun zum Geschäftsbericht.

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit erkläre ich die Beratung als abgeschlossen und wir kommen zur Beschlussfassung.

Beschlussfassung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2.1.1 wird unter Berücksichtigung des lachsfarbenen Papiers der GPK (fakultatives Referendum) mit 27 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Der Antrag 2.1.1 unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt am 25. Juni und endet am 10. August 2020.

Antrag 2.1.2 wird mit 31 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1.1 wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Der Antrag 3.1.1 unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt am 25. Juni 2020 und endet am 10. August 2020.

Antrag 3.1.2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1.3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1.4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1.5 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Die Anträge 4.1.1, 4.1.2, 4.1.3 und 4.1.4 werden einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten und mit der Genehmigung der Rechnung 2019 endgültig abgeschlossen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 19. August 2020 um 18 Uhr statt.

Ich möchte gern nochmals kurz auf die Vorstösse verweisen, weil es in diesem Fall ein spezielles Vorgehen ist. Ich bitte Sie nochmals, das durchzulesen. Sie sind natürlich völlig frei in der Unterschriftsgebung oder nicht. Aber ich bitte Sie, es durchzulesen und bei Sitzungsende beim Gemeinderatssekretär Giuseppe D'Alelio abzugeben, sofern sie es unterstützen möchten.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP): Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott und ich ziehen unsere Interpellation zur Anpassung der Mietzinsen im Alterszentrum Park zurück bzw. reichen diese nicht ein. Frau Stadträtin Aepli hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass es sich hier nicht um Mietzinsen handelt, die Bewohnerinnen und Bewohnern verrechnet werden, sondern um Mietzinsen, die zwischen den verschiedenen Häusern verhandelt werden müssen. Es war ein Missverständnis aufgrund des Management Lettters der Rechnungsprüfungskommission. Ich habe es so interpretiert, dass es sich um Mietzinsen handelt, die Bewohnerinnen und Bewohner betreffen, das ist offensichtlich nicht der Fall. Unsere Interpellation geht ganz klar dahin, dass wir Antworten gewünscht hätten, wenn das Bewohnerinnen und Bewohner betroffen hätte. Da dies nicht der Fall ist, reichen wir nicht ein bzw. ziehen zurück. Es war einfach ein inhaltliches Missverständnis. Danke für die Aufklärung, wir lernen etwas daraus.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Das heisst, von den drei Vorstössen, die Sie in ihren Unterlagen vorfinden, sind nur noch die beiden Motionen relevant. Sie können diese auf ihren Tischen liegen lassen, der Gemeinderatssekretär wird sie einsammeln.

Leider werden an der nächsten Sitzung, die ich vorhin angekündigt habe, zwei der derzeitigen Ratsmitglieder nicht mehr teilnehmen. Wie bereits vor zwei Wochen durch meine Vorgängerin verkündet, haben Christoph Tschanen und Irina Meyer ihren jeweiligen Rücktritt per Ende Juni bekanntgegeben.

Lieber Christoph, du hast nun satte neun Jahre im Gemeinderat der Stadt Frauenfeld mitgewirkt. Du wurdest damals direkt in den Rat gewählt, was schliesslich nicht Vielen gelingt, und letztes

Jahr zum zweiten Mal bereits nach 2015 wiedergewählt. Als Vertreter der SVP warst du fünf Jahre lang als GPK-Mitglied und fünf Jahre lang als Fraktionspräsident tätig. Uns allen im Rat wirst du als aktiver Kollege mit klaren Vorstellungen und fairem Verhalten äusserst positiv in Erinnerung bleiben. Gern möchte ich dir für deine geleistete Arbeit herzlich danken und hoffe, dass du die Zeit nach dem Rat geniessen wirst.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP): Nach neun Jahren Tätigkeit als Gemeinderat habe ich mich entschlossen, aus persönlichen Gründen aus diesem Rat zurückzutreten. Wie ihr der Presse heute entnehmen konntet, wird René Gubler meine Nachfolge antreten – er ist ja auch schon mit einem Papier bekanntgeworden – und in alter Frische die Arbeit in diesem Rat wiederaufnehmen. Christian Mader wird mein Fraktionspräsidium übernehmen und stellvertretend durch Christa Zahnd und Andres Storrer unterstützt. Herzlichen Dank meinen «Gspänli» für die Mehrarbeit, die ihr da übernehmt. Ich wünsche allen Anwesenden viel Freude und Leidenschaft beim weiteren Politisieren in diesem Saal und freue mich auf die Begegnungen mit Ihnen auf der Strasse oder bei einem Anlass. Ich bedanke mich ganz herzlich für die politischen Diskussionen und das Ausfechten von Lösungen. Ich habe es gleich wie mein Vorredner. Ich bin wirklich überzeugt, dass man in zwei Themen differenzierte Meinungen haben kann, aber zum Wohl der Frauenfelder Bevölkerung glaube ich, müsste man ab und zu ein bisschen über die eigene Nassenspitze hinausdenken und konstruktive Lösungen suchen, damit wir bei der Energie und beim Verkehr wirklich einmal einen Schritt weiterkommen. Danke Ihnen ganz herzlich für die visionären Denkweisen, welche Sie an den Tag legen. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen alles Gute. Bis bald und auf Wiedersehen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Liebe Irina, seit 2011 bist du in der Stadt Frauenfeld aktive Politikerin in einem Amt und schon lange davor warst du politisch aktiv. Als Mitglied der Fachkommission für Jugendfragen genauso wie als Mitglied des Gemeinderats warst du immer mit einer fundierten Meinung in den Debatten involviert. Deshalb war bei uns in der Fraktion auch klar, als es um die Verteilung ging, dass wir dich gern in der damaligen GPK Bau, Werke und Anlagen möchten, wobei du uns mit deinem Fachwissen auch bestens vertreten hast. Mir persönlich sind die vielen Gespräche mit Dir in Erinnerung, welche mir sehr gut halfen, mich im Gemeinderat zu orientieren und welche auch längere, eher zähe Sitzungen meist angenehm gestaltet haben. Ich wünsche dir eine spannende Zeit in Zürich und bin überzeugt, dass du bald auch dort politisch mitdiskutieren wirst. Insgeheim freue ich mich aber, dass auch du bestimmt eines Tages den Weg zurück nach Frauenfeld finden wirst.

Meinen persönlichen Dank euch beiden, Irina und Christoph, für die angenehme Zusammenarbeit und die wertvolle Arbeit, welche ihr im Rat und für Frauenfeld verrichtet habt.

Mein Dank geht aber auch an Sie, geschätzte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den heute zwar nicht vorhandenen, aber sonst immer sehr schönen Blumenschmuck, an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei meiner ersten vollen Sitzung und insbesondere bei deren Vorbereitung. Zusätzlich möchte ich mich bei Stefan Geiges für das Aufnehmen meiner Bitte vom 10. Juni bedanken, öffentlich Stellung zu beziehen, das Heft in die Hand zu nehmen und Chancen wahrzunehmen. Danke schön. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend. Auf einen gesellschaftlichen Umtrunk verzichten wir aufgrund der aktuellen Situation, ich freue mich aber auf baldiges Wiederaufnehmen dieser Tradition.

Schluss der Sitzung: 19:40 Uhr.

* * *